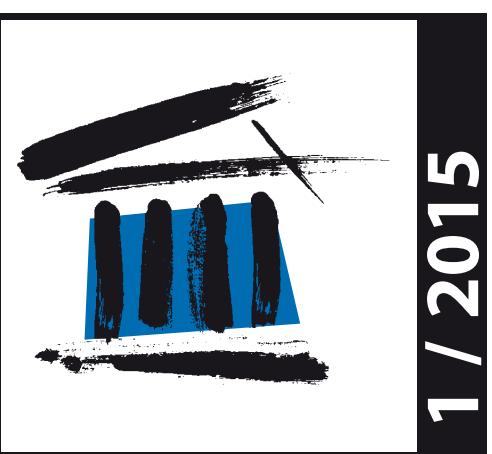


AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



1 / 2015

Schwerpunkt 2015: Grenzüberschreitungen

Eine Tagung über Probleme und Chancen der Migration in Europa eröffnete den Reigen der Schwerpunkttagungen 2015 zum Thema „Grenzüberschreitungen“. Prominenteste Rednerin war die frühere Bundestagspräsidentin und Bundesministerin Rita Süssmuth.
Siehe Seite 3



Rita Süssmuth eröffnete die Tagung zu Flucht und Migration

Möglichkeiten der Landesplanung



Welche Möglichkeiten die Landesplanung und -entwicklung hat, gewünschte Tendenzen zu verstärken und negative zu verhindern, diskutierten in Nürnberg unter anderem der bayerische Finanzminister Markus Söder (links) und der Nürnberger OB und Stadetagspräsident Ulrich Maly

Siehe Seite 17



Karikatur: Tomaschoff

Die Macht der Algorithmen

Die digitale Revolution birgt Gefahren und Chancen. Dabei geht es nicht nur um Überwachung, sondern um ein künstliches Datennetz, das durch lern- und anpassungsfähige Algorithmen eine Art Parallelwelt schafft, die der Mensch kaum noch versteht. Das gefährdet die Kommunikationsfreiheit und die Freiheit selbst.

Beim Akademiegespräch im Landtag diskutierten die Managerin und Autorin Yvonne Hofstetter und die frühere Bundesministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Siehe Seite 19

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Migrationskontinent Europa – Bedrohung oder Chance?	3
Neue Kommission mit alten Herausforderungen	7
Boomende Vielfalt	10
Bayerische Außen-Politik – geht das überhaupt?	12
Weltpolitik zu Gast in Bayern	15
Lässt sich Heimat planen?	17
Bilder von Krieg und Frieden	18
Die Macht der Algorithmen	19
Wachsam und abwehrbereit!	20
Kontroversen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP	23
Ein Land versinkt im Krieg	24
Training gegen Diskriminierung	26
Politische Praxis spielerisch erfahren	27
Interdisziplinäres Team widmet sich der Pränataldiagnostik	29
O-Töne aus den Schützengräben	30
„Eine Demokratie ist kein Schlaraffenland“	32
Pressespiegel	33
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	34
Jahresbibliografien	38
Themen - Tagungen - Termine	43
Förderkreis: Einladung zur Mitgliedschaft	47
Namen und Nachrichten	48

BLICK ÜBER DEN SEE

Dass Demokratie kein Schlaraffenland ist (Eric Voegelin 1959), in dem einem die gebratenen Tauben – sprich die Meinungs- und Willensbildungsfreiheit und die Rechtsstaatlichkeit – „einfach so“ in den Mund fliegen, weiß man. Weil dies so ist, hat politische Bildung u.a. die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern die verfassungs- und gesellschaftspolitischen sowie die historischen Grundlagen zu vermitteln, deren Kenntnis unerlässlich scheint, um strukturelle wie aktuelle Probleme und Herausforderungen von Politik und Gesellschaft angemessen einzuordnen. Vor allem aber soll politische Bildung die Urteilsfähigkeit der Bürger stärken und diese zur Teilhabe befähigen und motivieren.



Politische Urteilsfähigkeit werden wir im Jahr 2015 mehr denn je brauchen: Die Verführbarkeit und auch die Radikalisierbarkeit der Bürger durch Populisten und die Desinformationen aus dem Netz steigen. Sie scheinen in dem Maße zu wachsen, in dem die Bindungskraft und damit auch die immunisierende Wirkung von gesellschaftlichen Großorganisationen wie Parteien, Kirchen und Gewerkschaften nachlassen. Dies umso mehr in einer Zeit, in der die Feinde der Freiheit das Miteinander in der offenen Gesellschaft dadurch zu sprengen suchen, dass sie die Saat des Misstrauens säen und gruppenbezogene Ausgrenzung ernten. Politische Bildung muss und kann dem Vorurteil, der Angst und auch den Verschwörungstheorien der verschiedenen Lager etwas entgegensemzen: Hintergründe, Strukturwissen und den persönlichen fachlichen Austausch über Inhalte.

Ich freue mich, dass Sie die Akademie für Politische Bildung bei diesem Auftrag begleiten.

Apropos Voegelin und Schlaraffenland: Zum 30. Todestag unseres Gründungskurators finden Sie auf Seite 32 eine Würdigung unseres Dokumentars Steffen H. Elsner.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Akademie-Report

HERAUSGEBER:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

REDAKTION:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
Antonia Kreitner (Redaktionsassistenz)
Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben
ISSN 1864-5488

Migrationskontinent Europa – Bedrohung oder Chance?

Die Tagung über Probleme und Chancen der Migration in Europa* eröffnete den Reigen der Schwerpunkttagungen 2015 zum Thema „Grenzüberschreitungen“. Die Situation der Zuwanderung in Deutschland und Europa hat sich in den letzten Monaten durch die Lage der Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten dramatisch verschärft. Im Sommer 2014 wurde das deutsche Aufnahmekontingent allein für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge auf 20 000 Personen erhöht. Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen sprechen bereits von einer „humanitären Katastrophe“ und „Überforderung der Politik“.

Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Laut der neuesten OECD-Studie ist Deutschland inzwischen nach den USA das wichtigste Zuwanderungsland geworden. Mittlerweile leben in Deutschland 16,5 Millionen Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte – zehn Millionen von ihnen haben einen deutschen Pass. Sie alle bereichern den Sozialstaat. Laut der neuesten Bertelsmann-Studie zahlen sie 22 Milliarden Euro mehr in die Sozialsysteme ein als sie herausnehmen. Auch wenn immer noch zwei Drittel der Deutschen vom Gegenteil überzeugt sind.

Versagen der Politik

Dass Deutschland faktisch ein Einwanderungsland ist und Einwanderung braucht, davon ist Rita Süssmuth schon länger überzeugt. Als ihr Parteifreund Rüttgers im Jahr 2000 in Nordrhein-Westfalen noch Wahlkämpfe mit der Parole „Wir brauchen mehr Kinder als Inder“ führte, schrieb sie als Vorsitzende der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ als ersten Satz über ihren Abschlussbericht: „Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer.“ Als Eröffnungsrednerin der Tagung sagte die frühere Bundesministerin und Bundestagspräsidentin: „Wenn angesichts

des gegenwärtigen Einwanderungsdrucks der öffentliche Eindruck entsteht: ‚Es sind zu viele‘, dann hat die Politik ein zentrales Anliegen vernässt und ihre Aufgabe vernachlässigt, den Bürgerinnen und Bürgern die Lage zu erklären. Und wenn die Politik versagt, brauchen wir mehr denn je politische Bildung.“



Rita Süssmuth: „Gesellschaften, die keinen Austausch haben, stagnieren“

Süssmuth ist überzeugt: „Es ist eine Chance, wenn wir das Gefühl haben, wir schaffen das. Aber die gegenwärtige Lage wird zur Bedrohung, wenn wir das Gefühl haben, wir schaffen das nicht.“ Auch sie betonte, dass der Sozialstaat finanziell und die Gemeinschaft kulturell von Zuwanderern profitieren: „Gesellschaften, die keinen

Austausch haben, stagnieren.“ Als Beispiel nannte sie das „jahrzehntelang eingemauerte Albanien“. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Länder nannte sie einen „Skandal“. Arme Länder wie Albanien, Jordanien und die Türkei würden überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen und seien überfordert. Deutschland müsse die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte als Chance begreifen und sie nutzen: „Wir tun das zu wenig.“ Süssmuth forderte für Migranten und Flüchtlinge drei Dinge: qualifizierte Bildung, eine Arbeitserlaubnis nach drei Monaten Aufenthalt und menschenwürdige Unterkünfte.

Mehr Kriegsflüchtlinge

Mit aktuellen Daten zur Situation in Deutschland konnte der Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Michael Griesbeck, aufwarten. Während im Jahr 2008 rund 30 000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen waren, stieg die Zahl im Jahr 2013 auf 127 000 an.



Michael Griesbeck lieferte aktuelle Daten zur Situation der Flüchtlinge in Deutschland

Im vergangenen Jahr waren es wegen des Syrienkriegs schon etwa 200 000. Ein solcher Anstieg hätte nicht prognostiziert werden können. Weitere

*In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und der Europäischen Akademie Bayern e.V.

Problemregionen seien die Balkanländer, die inzwischen zu „sicheren Drittstaaten“ erklärt wurden: Eritrea, Afghanistan, Irak und Iran. Vier Länder (Deutschland, Frankreich, Schweden und Großbritannien) nehmen derzeit zusammen 70 Prozent der in Europa ankommenden Flüchtlinge auf. Ein knappes Drittel der Asylanträge in der EU wurde 2013 in Deutschland gestellt.

Die Politik reagiert – wenn auch spät. Es wird zukünftig mehr Erstaufnahmeeinrichtungen geben. Eine Arbeitserlaubnis ist nach drei Monaten Aufenthalt möglich, wenn es keine Deutschen oder EU-Bürger als Bewerber für eine Stelle gibt. Die Residenzpflicht bezieht sich künftig auf das Bundesland und Ausnahmen müssen gemeldet werden. Griesbeck forderte eine „Willkommenskultur“: „Dafür ist aber ein Wandel in den Köpfen der Bevölkerung und der Behördenmitarbeiter nötig.“

Zuwanderungsmagnet

Seit dem 1. Januar 2014 gilt auch für Rumänen und Bulgaren die uneingeschränkte Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Deutschland ist da wegen seiner relativ niedrigen Arbeitslosigkeit und hohen Kaufkraft ein beliebtes Ziel – aber nicht allein. Insgesamt ist die

Mobilität zwischen den EU-Ländern gering. Ende 2013 lebten ca. drei Millionen Bulgaren und Rumänen in anderen EU-Staaten; davon zwei Millionen in Spanien und Italien und ca. 450.000 in Deutschland.

Carola Burkert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg zeigte mit ihren Daten, dass Deutschland mit seinem stabilen Arbeitsmarkt und Fachkräftebedarf in den letzten Jahren der Finanz- und Staatsschuldenkrise seit 2008 zum Zuwanderungsmagnet geworden ist. Sowohl die Beschäftigung der EU-Zuwanderer steigt, aber auch die Arbeitslosigkeit und damit zukünftig auch der Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

Innerhalb Deutschlands gibt es große regionale Unterschiede. Die EU-Zuwanderer sind überproportional vertreten bei der Leiharbeit, Dienstleistungen, Gastronomie und auf dem Bau. Es gibt viele Hilfsarbeiter, ihr Lohn ist entsprechend niedrig. Die Zuwanderung konzentriert sich auf strukturschwache Kommunen, weil dort Mieten und Lebenshaltungskosten niedrig sind. Das führt dazu, dass die Gewinne und Kosten der Zuwanderung in Deutschland ungleich verteilt sind. Burkert sprach sich deshalb

für eine Umverteilung aus. Sie betonte, dass der Missbrauch von Sozialleistungen kein Massenphänomen sei.

Solidarität gefordert

Hans Dietrich von Loeffelholz, bis vor kurzem in der Forschungsabteilung des BAMF, stützte Burkerts Thesen. Er sagte, Europa sei bedingt durch Welt-



Hans Dietrich von Loeffelholz fordert eine bessere Abstimmung der Migrationspolitik mit anderen Politikbereichen

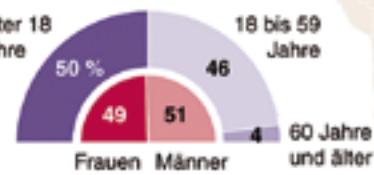
wirtschaftskrise und Kriege in den letzten Jahren zum Einwanderungskontinent geworden. Dabei verschieben sich die Wanderungen innerhalb der EU aus wirtschaftlichen Gründen in Richtung Deutschland. Die Asyl-

Flüchtlinge in der Welt

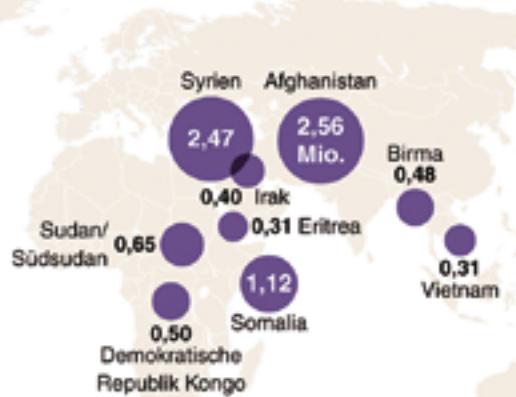
Länder, die im Jahr 2013 die meisten Flüchtlinge aufnahmen:

Pakistan	1,62 Millionen
Iran	0,86
Libanon	0,86
Jordanien	0,64
Türkei	0,61
Kenia	0,53
Tschad	0,43
Äthiopien	0,43
China	0,30
USA	0,26

nach Altersgruppen und Geschlecht in Prozent:



Über 51 Millionen Flüchtlinge zählten die Vereinten Nationen Ende 2013. Davon kamen die meisten aus:



Quelle: UN-Flüchtlingsbericht © Globus

und Fluchtmigration habe sich zwischen 2008 und 2014 versiebenfacht. Die schon vorhandenen Ungleichgewichte in der EU würden sich verstärken; da sei jetzt Solidarität zwischen den europäischen Ländern gefordert. Gleichzeitig steigen die Integrationsherausforderungen für alle gesellschaftlichen Bereiche (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung). Außerdem brauche es eine bessere Abstimmung der Migrations- und Integrationspolitik mit der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die Düsseldorfer Erziehungswissenschaftlerin Veronika Fischer widmete sich den Herausforderungen für die Bildungspolitik durch einen steigenden Anteil von Migranten an der Bevölkerung. Kinder und Jugendliche aus ärmeren Migrantengruppen verfügen immer noch über niedrigere Kompetenzen. Knapp 12 Prozent der ausländischen Schüler haben keinen Hauptschulabschluss. Bei den Deutschen sind es knapp halb so viele (5,4 Prozent). Das Bildungsniveau der Eltern hat bereits Einfluss auf die Besuchsquoten beim Besuch von Kindergärten. Viele Eltern haben auch zu wenige Kenntnisse über das Bildungssystem, Übergänge und Abschlüsse.

Bildungskonzepte erforderlich

Fischer sprach sich für die Finanzierung von frühen Hilfen insbesondere für ressourcenarme Familien aus. Die staatliche Förderung von institutioneller Vernetzung von Familienbildung in Familienzentren, Kindergärten und in Grundschulen sei geboten. Die bereits vorhandenen, bewährten und wirksamen Ansätze der Eltern- und Familienbildung müssten in die Fläche verlagert und multipliziert werden. Dabei sei wichtig, so Fischer, dass aus einer Projekt- eine Regelfinanzierung werde. Dies sei aber nur durch gemeinsame Anstrengungen

auf Bund-, Länder- und kommunaler Ebene möglich. Ohne eine passgenaue Abstimmung der Kinder-Jugendhilfe-, Familien-, Gesundheits- und Integrationspolitik könnten die Projekte nicht gelingen. Gerade auf der kommunalen Ebene sei ein Gesamtkonzept erforderlich.



Veronika Fischer und Cumali Naz (links) beschrieben die Bildungsnachteile der Migrantenkinder

Veronika Fischer wurde in ihren Forderungen unterstützt von Cumali Naz, dem Beauftragten für interkulturelle Arbeit beim Kreisjugendring und migrationspolitischen Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion in München.

Er schilderte, dass der Migrantanteil in der bayerischen Landeshauptstadt mittlerweile bei 40 Prozent liege, bei den bis 6-Jährigen liege er schon bei 56 Prozent. München rechnet bis 2020 mit einem Zuzug von rund 120 000 Menschen.

Das mache eine Bildungsoffensive mit Neubauten von Schulen und Kindergärten nötig. Naz kritisierte, dass sich das Bundesamt (BAMF) aus der Finanzierung von Sprach- und Integrationskursen zurückziehe. Er sprach sich für eine längere gemeinsame Grundschulzeit aus

(„Nur so können wir die Bildungsunterschiede ausgleichen“) und bemängelte die fehlende interkulturelle Kompetenz der Lehrkräfte.

Bayerische Zustände

Unterschiedliche Sichtweisen auf die aktuelle Lage der Flüchtlinge in Bayern prägte die Diskussion zwischen dem im bayerischen Sozialministerium für Migration und Integration zuständigen Ministerialdirektor Markus Gruber, der Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause (Bündnis90/Grüne) und Matthias Weinzierl vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Gruber wandte sich gegen Hungerstreiks als Mittel zur Durchsetzung von Interessen und betonte, die anfangs unerträglichen Zustände im Erstaufnahmelaager Bayernkaserne in München hätten sich inzwischen normalisiert. Mit dem Massenansturm von Flüchtlingen im Sommer 2014 sei nicht zu rechnen gewesen. Er präsentierte die Neuregelungen bezüglich Arbeitserlaubnis, Residenzpflicht und Ausnahmeregelungen für Familien.

Bause dagegen beschrieb, wie quälend und zermürbend es ist, in solch einer Massenunterkunft untergebracht und zum Nichtstun verdammt zu sein: „Lager machen krank.“ Das bayerische Aufnahmegesetz müsse schnell geändert werden: „Da sind wir in Bayern Schlusslicht.“ Weinzierl forderte die Einführung von Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte mit Kontrollen. Das Betreiben solcher Unterkünfte dürfe kein lukratives Geschäft sein. Man müsse die Flücht-



Kontroverse Einschätzungen der bayerischen Flüchtlingspolitik: Matthias Weinzierl, Markus Gruber und Margarete Bause (von links)

linge, deren Mehrheit in totaler Isolation leben, ins Zentrum der Städte holen. „Wenn Kontakte zwischen den Migranten und den Einheimischen bestehen, läuft alles gut“, sagte Weinzierl.

Die grüne Europaabgeordnete Barbara Lochbihler beschrieb die Situation der Aufnahme- und Auffanglager an den Grenzen der nordafrikanischen Staaten zum Mittelmeer. In Libyen würden die Flüchtlinge wie Sklaven gehalten und an der ägyptisch-israelischen Grenze seien die Verhältnisse katastrophal: „Die Menschen dort werden von den Schlepperbanden gefoltert. Anschließend werden die Verwandten angerufen und erpresst, um die Gefangenen frei zu bekommen.“ Sie fordert deshalb die Aufgabe der Abschottungspolitik der EU: „Sie führt zu nichts. Zäune helfen nicht. Es wird immer brutaler.“



Barbara Lochbihler: „Wir brauchen Zuwanderung – organisiert und legal“

Fotos: Kunert/Macher-FPU

Aber durch diese Abschottung würden die Zustände vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit verborgen bleiben. „Wir dürfen da nicht weg schauen“, sagte Lochbihler. Es müssten legale Zugänge nach Europa gesucht und gestaltet werden. Legale Zugänge würden das verbrecherische Handeln der Schlepperbanden unterbinden. Sie kritisierte das Auslaufen des recht effektiven italienischen Seenotrettungsprogramms „Mare Nostrum“ zum Jahresende 2014. Der im Oktober 2013 – nach der Katastrophe von



„Auf dem Weg“

Zeichnung: Tomicek

Lampedusa – begonnene Einsatz rettete mehr als 150 000 Menschen: im Schnitt 400 pro Tag. Dies entspricht einer Verdreifachung im Vergleich zum Jahr 2013. Trotzdem seien 2014 geschätzt rund 3200 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Das Nachfolgeprogramm „Triton“ wird von der EU-Grenzschutzagentur Frontex geleitet und stößt auf Kritik, weil es

„Wir müssen die Armut bekämpfen – nicht die Armen.“

Barbara Lochbihler

im Umfang erheblich kleiner ist als die Rettungsmission Italiens. Es soll sich nur innerhalb der EU-Grenzen bewegen und nicht die aktive Suche nach Flüchtlingen in Seenot etwa vor der nordafrikanischen Küste umfassen.

Verfolgte Roma

Inzwischen wurden die Nachfolgestaaten Jugoslawiens zu „sicheren Drittstaaten“ erklärt. Wer von dort einreist, hat kein Recht mehr auf politisches Asyl. Die Menschenrechtssituation der Roma und Sinti in den Ländern des westlichen Balkans sei unerträglich. Übergriffe durch die Polizei seien an der Tagesordnung, eine ganze Generation sei von der Grundbildung ausgeschlossen, sagte Loch-

bihler: „Wenn der Winter kommt, machen sie sich auf nach Westeuropa, wo es beheizte Behausungen gibt.“ Lochbihler forderte die EU auf, mehr Druck auf diese Staaten auszuüben, da sie ja als Beitrittskandidaten durchaus beeinflussbar seien. Sie schloss mit den Worten: „Wir brauchen Zuwanderung – organisiert und legal. Man darf nicht übers Mittelmeer schwimmen und über Zäune springen müssen, um nach Europa zu gelangen. Wir müssen die Armut bekämpfen – nicht die Armen.“

Die Tagung half zu differenzieren: Zuwanderung und Einwanderung sind verschiedene Dinge. Und die Arbeitsmigration innerhalb der die Freizügigkeit garantierenden Europäischen Union ist anders zu beurteilen und zu bewerten als die dringend nötige Anwerbung von Facharbeitskräften aus anderen Teilen der Welt. Und Fragen des politischen Asyls z.B. für Kriegsflüchtlinge müssen anders beantwortet werden als die Probleme der Armutsmigration aus Afrika. ■

Michael Schröder

LINKTIPPS:

- <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2014/november/sozialstaat-profitiert-von-zuwanderung/>
- <http://www.iab.de/>
- <http://www.bamf.de>

Neue Kommission mit alten Herausforderungen

Juncker macht das Regieren in Europa politischer und das Parlament gewinnt an Selbstbewusstsein

Mitte Oktober 2014 stimmte das Europäische Parlament der Besetzung der neuen Europäischen Kommission mit Jean-Claude Juncker an ihrer Spitze zu. Vorausgegangen waren ein für Europa ungewohnter Wahlkampf mit unionsweiten Spitzenkandidaten und sich anschließende Konflikte und Zerwürfnisse zwischen immer selbstbewussteren Fraktionen des Europäischen Parlaments einerseits und (einzelnen) Staats- und Regierungschefs andererseits.

Grundlage dieser Neuerungen war das durch den Vertrag von Lissabon reformierte europäische Vertragswerk, das neuen Interpretationsspielraum bietet. Durchgesetzt hat sich (vorerst) seine „parlamentarische“ Lesart, wonach Fraktionen entsprechend der Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament durchaus gestaltenden Einfluss auf die Besetzung der Europäischen Kommission ausüben dürfen und auch sollen. Die Kommission, deren Mitglieder von den Regierungen der Staaten nominiert und vom Europäischen Parlament am Ende bestätigt werden, hat am 1. November 2014 ihre Arbeit aufgenommen.

Das war für die Akademie Anlass genug, sich mit den Herausforderungen des „europäischen Regierens“ auseinanderzusetzen: Worin bestehen diese konstitutionellen Neuerungen? Sind sie so auch durch das Vertragswerk abgedeckt? Welche Auswirkungen haben sie auf das europäische Regierungssystem im Allgemeinen und auf das Amt des Kommissionspräsidenten im Besonderen? Kann das vielbeschworene Demokratiedefizit der EU auf diese Weise behoben werden? Und inwiefern ist Junckers Kommission „die letzte

Chance“ für Europa, das verlorene Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen – wie er selbst deklariert?

Eine neue Zeitrechnung?

Die Neuerungen im Zuge der Europawahl beschränken sich nicht nur auf das geänderte Zusammenspiel zwischen Europäischem Rat und Parlament bei der Designierung des Kommissionspräsidenten. Neu ist ebenfalls die interne Strukturierung der Kommission, sprich der von Juncker eingeführte hierarchische Aufbau mit sieben thematischen Clustern, denen jeweils eine Vizepräsidentin bzw. ein Vizepräsident vorsitzt und ein (nachgeordnetes) Team an Kommissaren koordiniert. Bezeckt wird ein operativer Kompetenzgewinn, beim zugleich gewährten Zugeständnis an die Mitgliedstaaten, auch weiterhin

ein eigenes Kommissionsmitglied nach Brüssel entsenden zu dürfen.

„Die EU ist mitten in einem Transformationsprozess der Demokratie.“

Maurizio Bach

Joachim Jens Hesse, Professor an der FU Berlin und Direktor des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften, ordnete die Neuerungen im Rahmen einer Gesamtschau ein und stellte Prognosen in Bezug auf die anstehende Legislaturperiode auf. Der

hierarchische Aufbau der Kommission sei vorerst ein sinnvoller Kompromiss, wenn es um die Effizienzsteigerung der Kommission ginge. Trotzdem bestünde auch weiterhin das Problem einer zu hohen Anzahl an Kommissaren und so mancher Verlegenheitsbesetzung. Insgesamt sei die neue Kommission noch in Statu nascendi und müsse sich über die Zeit formen.

Bis jetzt sei von Juncker kein materieller Kurswechsel angezeigt. Gleichwohl sei eine Veränderung in Anspruch und Verhalten der Kommission erkennbar. Zu honorieren sei das Bestreben, nicht „mehr“, sondern ein „besseres“ Europa zu verfolgen. Die Kommission müsse prinzipiell entscheiden, ob sie sich in den Dienst ihrer Selbst oder den Dienst der Sta-



Maurizio Bach: „Die EU nicht als Herrschaftssystem verstehen“

ten Europas stellen wolle. Dazu gehöre auch, dass man das Projekt Europa weniger als normatives Ziel, denn vielmehr als eine funktionale, zweckgebundene Antwort auf konkrete Herausforderungen verstände.

Demokratiedefizite

Wie ist es aber um den demokratischen Gehalt der EU beschaffen? Der Passauer Soziologe Maurizio

Bach betonte, dass Herrschaftssysteme grundsätzlich einer Legitimation bedürften. Man müsse sich aber davon verabschieden, die EU als Herrschaftssystem zu verstehen und sie mit den aus Nationalstaaten entlehnten Kriterien zu bemessen.

Selbstverständlich könne sie einem Vergleich mit demokratischer Willensbildung auf nationaler Ebene nicht standhalten, doch besitze sie eben eine völlig andere Struktur: Sie sei eine paktierte Kooperation ohne Hegemonialmacht und noch dazu inmitten eines Transformationsprozesses der Demokratie. Der richtige Weg sei vermutlich eine Eigenbeschränkung der Integration und die Aufrechterhaltung der lebendigen demokratischen Kultur in den Nationalstaaten.

Keine Blaupause

Für Cathleen Kantner, Professorin an der Universität Stuttgart, steht im Vordergrund: Solange es keinen europäischen Demos – also eine europäische Bürgerschaft – gibt, könne es auch keine europäische Demokratie geben. Betrachte man die Masse an Richtlinien und Verordnungen, die in der EU verabschiedet werden, könne sie



Cathleen Kantner: „Ohne europäischen Demos keine europäische Demokratie“

nur eine Verfassung legitimieren. Dafür sei eine europäische Öffentlichkeit vonnöten, die aus einer europäischen Identität erwachsen müsse – relevante Schritte auf diesem Weg seien die Ent-

stehung einer europäischen Zivilgesellschaft sowie eines grenzüberschreitenden Komunikationsraumes. Erste Ansätze seien bereits beobachtbar: Es gibt zunehmend eine transnationale politische Kommunikation

Dort ist Manfred Weber (CSU) Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei und damit der größten Abgeordnetengruppe. Für ihn bedeutet der öffentlich geführte Wahlkampf mit Spitzenkandidaten die „Stern-



Manfred Weber (links) und Rudolf Streinz sehen ein gestärktes Europäisches Parlament
Fotos: Haas / Kunert

und eine Identität als Problemlösungs- und Wertegemeinschaft, allerdings bei Weitem (noch) nicht in einer Intensität, wie sie eine europäische Demokratie beanspruchte. Das Ziel bleibt: Die EU müsse demokratisiert werden, um nicht weiter politische Integrität und Vertrauen bei den Bürgern zu verlieren. Eine Blaupause für den richtigen Weg gibt es aber nicht.

Rudolf Streinz, Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht und Europarecht an der Universität München, betonte: Die EU ist kein Staat. Doch aus staatlichen Strukturen könne man manches herleiten. Die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament und die vertragliche Verpflichtung des Europäischen Rates, sich an diese Wahl zu halten, sieht er als große Stärkung des Europäischen Parlaments – eine andere Entscheidung sei schwerlich zu rechtfertigen. Im Vergleich zum Bundestag sei das Europäische Parlament übrigens eines, in dem wirklich scharf debattiert und diskutiert werde. Insofern komme es gar dem Idealbild von Parlamenten näher.

stunde des europäischen Parlamentarismus“. Das Europäische Parlament rücke dadurch mehr ins Zentrum der „Brüsseler Entscheidungsfindung“ und bringe sie so näher an die Unionsbürger. Insofern findet er es auch richtig und überfällig, dass das auszuhandelnde Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) auch auf europäischem parlamentarischem Boden verhandelt werde. Denn unabhängig von der persönlichen Bewertung ist alleine schon die Debatte darüber positiv, zumal es sich zum einen um ein europäisches, nicht um ein nationales Thema handle, und zum anderen die Verhandlungen nahe am Bürger ablaufen müssen.

Als weitere inhaltliche Herausforderungen für Europa benennt Weber die Jugendarbeitslosigkeit und die wachsende Tendenz der Wähler zu Parteien an den Rändern des politischen Spektrums. Seiner Meinung nach sei dieser Anstieg auch populistischen Äußerungen aus der politischen Mitte geschuldet. Trotz aller Herausforderungen: Der Grundgedanke der Europäischen Union sei lobens- und erhaltenswert –

und vielen der beobachtbaren Defizite könnte man eben durch eine nachhaltige Parlamentarisierung begegnen.

Joachim Menze, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, stellte die neue Organisationsstruktur der Kommission Juncker sowie deren Mitglieder vor. Auch wenn es zu dem Zeitpunkt noch kein ausgearbeitetes „Regierungsprogramm“ gäbe, könnte aus den politischen Leitlinien Junckers das Bestreben einer Politisierung nach innen herausgelesen werden. Die Kommission wandele sich insgesamt von einer neutralen bürokratischen Gesetzgebungsbehörde in einen politischen Regierungsapparat, in dem die einzelnen Vizepräsidenten und Kommissare mehr denn je für ihre jeweiligen Arbeitsbereiche politisch verantwortlich zeichnen werden.



Daniel Göler: Demokratisierung durch Parlamentarisierung der EU

Daniel Göler, Inhaber des Jean-Monet-Lehrstuhls für Europäische Politik an der Universität Passau, illustrierte am Beispiel der Umgestaltung der Kommission, wie gut es Jean-Claude

Juncker verstehe, auch ohne große Vertragsreformen eine dezidierte konstitutionelle Agenda zu verfolgen. Es sei davon auszugehen, dass Juncker die Verfassungswirklichkeit der EU ganz bewusst weiterentwickeln werde, ohne dabei eine grundsätzliche Debatte über Verfassungsfragen loszutreten.

Die Entwicklungen gingen hin zu einer dem Parlament politisch verantwortlichen Kommission und damit zu einer stärkeren Anbindung der europäischen Alltagspolitik an die Unionsbürgerinnen und -bürger. Dieser Prozess sei durchaus mit der Demokratisierung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert vergleichbar – als es ebenso um die Parlamentarisierung und damit Demokratisierung der damaligen politischen Ordnungen ging. ■

Beryll Kunert / Andreas Kalina



Die EU-Kommission						
 Jean-Claude Juncker LUX PRÄSIDENT						
1. VIZE Frans Timmermans NED Projektteam u. a. Rechtsstaatlichkeit, EU-Grundrechtecharta	2. VIZE Kristalina Georgiewa BUL Haushalt und Personal	3. VIZE Marcos Šećović SVK Energieunion	4. VIZE Jyrki Katainen u. a. Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit	5. VIZE Valdis Dombrovskis LAT Euro, sozialer Dialog	6. VIZE Andrus Ansip EST Digitaler Binnenmarkt	7. VIZE Federica Mogherini ITA EU-Außenbeauftragte
Vytenis Andriukaitis LTU Gesundheit und Lebensmittel-sicherheit	Dimitris Avramopoulos GRE Migration, Inneres und Staatsbürgerschaft	Eliška Blenkowska POL Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum, Raumfahrt	Violeta Bulc SLO Transport	Miguel Arias Cañete ESP Klimapolitik und Energie	Corina Crețu ROU Regionalpolitik	Johannes Hahn AUT Nachbarschaftspolitik, Erweiterungsverhandlungen
Jonathan Hill GBR Finanzabilität, Finanzdienstleist. u. Kapitalmarktunion	Phil Hogan IRL Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Věra Jourová CZE Justiz, Verbraucherschutz, Gleichstellung	Cecilia Malmström SWE Handel	Neven Mimica CRO Int. Zusammenarbeit und Entwicklung	Carlos Moedas POR Forschung, Wissenschaft, Innovation	Pierre Moscovici FRA Wirtschaft und Finanzen, Steuern und Zoll
Tibor Navracsics HUN Bildung, Kultur, Jugend und Sport	Günther Oettinger GER Digitale Wirtschaft und Gesellschaft	Christos Stylianides CYP Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement	Marianne Thyssen BEL Beschäftigung, Soziales, Qualität u. Mobilität der Arbeitnehmer	Karmenu Vella MLT Umweltschutz, Meeresspolitik und Fischerei	Margrethe Vestager DEN Wettbewerb	Quelle: EU-Kommission Stand: Nov. 2014 © Globus 6740

Die neue EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker

Boomende Vielfalt

Regionalparteien in Europa sind je nach Land von sehr unterschiedlicher Bedeutung

Die Regionalparteien in Europa bilden eine sehr heterogene Parteienfamilie. Sie haben unterschiedliche Wurzeln, Ziele und Möglichkeiten, die Politik des jeweiligen Landes mitzugestalten. Nicht zuletzt verfügen sie auch über einen sehr unterschiedlichen Rückhalt in der Wählerschaft. Diese Vielfalt vergleichend zu analysieren, war das Anliegen einer Tagung*, die renommierte Parteienforscher in Tutzing zusammenführte.

In den letzten Jahrzehnten gab es einen regelrechten Boom von Regionalparteien. Verantwortlich hierfür war, so Nathalie Behnke von der Universität Konstanz, unter anderem die Zunahme multinationaler Staaten und die gestiegene Akzeptanz für die Rechte von Minderheiten. Innerhalb der EU kommt deren überwiegend regionenfreundliche Agenda hinzu, die den entsprechenden Parteien ebenfalls Auftrieb verliehen hat. Stellt man die nationalen Parteiensysteme in Europa hinsichtlich der jeweiligen Bedeutung von Regionalparteien auf einem Kontinuum dar, sind etwa die nordeuropäischen Staaten (Sven Jochem, Universität Konstanz), Frankreich (Stefan Seiden-dorf, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg) und Polen (Andzelika Mirska, Universität Warschau) an dessen einem Ende anzusiedeln. Sieht man von Ausnahmen wie Åland, Grönland und den Färöern, von Korsika, der Bretagne und jetzt auch dem Elsass oder von Oberschlesien ab, spielen Regionalparteien in diesen Staaten keine Rolle. Es fehlt an zugrundeliegenden Konfliktstrukturen und das historisch gewachsene Bewusstsein für die Einheit der Nation lässt keinen relevanten politischen Regionalismus aufkommen.

Der deutsche Bundesstaat (Roland Sturm, Universität Erlangen-Nürnberg) verfügt demgegenüber über

eine starke subnationale Ebene, wobei die Länder eine mitunter ausgeprägte eigene Identität aufweisen. Gleichwohl sind Regionalparteien – sicherlich auch dank der unitarischen Verfas-

München) existieren hingegen mehrere ungarische Minderheitenparteien, die in Rumänien seit 1997 fast ununterbrochen und in der Slowakei immerhin zwischen 1998 und 2005 der Regierung angehört haben. Die meisten dieser Parteien treten als dezi-dierte ethno-regionale Gruppierungen auf, während sich 2009 eine weitere Partei gründete, die sich der interethnischen Verständigung verpflichtet fühlt und landesweit mit Kandidaten antritt. Auch im Vereinigten Königreich (Nathalie Behnke) konnten die schottischen, nordirischen und walisischen Regionalparteien, die überwiegend bereits im ersten Drittel des letz-



Zeichnung: Kostas Koufogiorgos

heit des deutschen Föderalismus – eher die Ausnahme geblieben. Abgesehen von der CSU, die als „unechte Regionalpartei“ erheblichen politischen Einfluss auch auf gesamtstaatlicher Ebene ausübt, kann lediglich noch der Südschleswigsche Wählerverband als wirkmächtiger Akteur gezählt werden. In Rumänien und der Slowakei (Martin Brusis, Universität

ten Jahrhunderts gegründet wurden, großen politischen Einfluss erlangen und sich neben den nationalen Parteien behaupten.

Einflussreich im Süden

Beim Blick nach Italien (Greta Klotz, Europäische Akademie Bozen) überrascht die große Anzahl von mehr als

*In Kooperation mit dem Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF) und der Hanns-Seidel-Stiftung

40 Regionalparteien. Unter ihnen finden sich historische ethno-regionale Parteien wie die Südtiroler Volkspartei (SVP), die sich als Sammelbecken für die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung versteht und die Autonomie Südtirols verfolgt, wo sie seit 1948 ununterbrochen den Regierungschef stellt. Davon können die eher auf ökonomischer Abgrenzung beruhenden Parteien wie die Lega Nord unterschieden werden, eine rechtsnationalistische, auf verschiedenen Ebenen einflussreiche Partei, die für die Unabhängigkeit Padaniens (Nord- und

Das andere Ende des fiktiven Kontinuums von Parteiensystemen bilden Bosnien-Herzegowina (Thomas Brey, Deutsche Presseagentur, Belgrad) und Belgien (Frank Delmartino, Katholieke Universiteit Leuven). In beiden Ländern gibt es de facto nur Regionalparteien, die die tiefen ethnischen Fragmentierungen der jeweiligen Gesellschaft widerspiegeln. Die politische Entscheidungsfindung wird durch diese Strukturen erheblich erschwert, wobei auch ein Zerfall beider Länder phasenweise ein realistisches Szenario darstellt.



Greta Klotz: „Mehr als 40 Regionalparteien in Italien“



Frank Delmartino: „Belgiens Regionalparteien erschweren Entscheidungen“

Mittelitalien) eintritt. Ebenfalls einflussreich sind die zahlreichen Regionalparteien Spaniens (Klaus Jürgen Nagel, Universität Pompeu Fabra Barcelona). Sie stellen in Katalonien gegenwärtig 71 Prozent der dortigen Parlamentsabgeordneten und sind auch in Navarra und im Baskenland ähnlich stark vertreten.

Tiefe Fragmentierung

Charakteristisch für die spanischen Parteien – und verwirrend zugleich – ist ihre Vielfalt an Bezugspunkten: Während sich viele Regionalparteien als Vertreter einer staatenlosen Nation wie den Basken und Katalanen betrachten, zielen andere nur auf bestimmte Teilgebiete einer solchen Nation und wieder andere auf Regionen innerhalb Spaniens, die keinen Bezug zu einer ethnisch-kulturellen Gruppe aufweisen.

Angesichts dieser Vielfalt verwundert es nicht, dass sich auch der Zusammenschluss zahlreicher Regionalparteien auf europäischer Ebene, die European Free Alliance (Rudolf Hrbek, EZFF) als sehr heterogenes Gebilde erweist. Gegründet 1981, tritt sie momentan 40 Mitgliedsparteien und stellt sieben Abgeordnete im Europäischen Parlament, wo sie jedoch auf die Grünen für den Erhalt des Fraktionsstatus angewiesen ist. Neben ihrer internen Heterogenität resultiert eine Schwäche der EFA auch daraus, dass ihr mehrere auf nationaler Ebene einflussreiche Regionalparteien wie die SVP nicht angehören. Auch in den Gremien des Europarats (Andreas Kiefer, Europarat) sind mehrere Regionalparteien vertreten, deren Wirken jedoch öffentlich kaum wahrgenommen wird.

Höhepunkt der Tagung war das Akademiegespräch am See zur regionalen Interessensvertretung in einem Europa zunehmender nationalstaatlicher Egoismen mit dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher von der SVP.

Er konnte sehr eindringlich vermitteln, wie der umfassende Erfolg seiner Partei beim Einsatz für die Autonomie Südtirols es zugleich immer schwerer macht, auch künftig Wähler an die SVP zu binden, wo deren Ziele doch erreicht scheinen. Als unrealistisch bewertete Kompatscher sowohl Pläne, die SVP auch für andere Bevölkerungsgruppen zu öffnen, als auch die Ausrichtung auf eine Dynamisierung der Autonomie – worin sollte diese bestehen, wenn schon heute bereits nahezu alle Finanzmittel und Zuständigkeiten bei Südtirol verbleiben? Er skizzierte stattdessen die Vision einer transnationalen Dynamisierung der Autonomie im Verbund mit Tirol und Trentino, bei der die Erfolge Südtirols als Modell dienen könnten. Ob es der SVP damit jedoch tatsächlich gelingen kann, Wähler für sich zu gewinnen, davon ist auch Kompatscher noch nicht restlos überzeugt, so dass



*Arno Kompatscher: „Autonomes Südtirol als Modell“
Fotos: Haas*

er abschließend fragte: „Wie soll man jemandem an der Wahlurne erklären, dass es sich lohnt, für europäische Laborprojekte das Kreuz zu machen?“

Jörg Siegmund

Bayerische Außen-Politik – geht das überhaupt?

Wie der Freistaat seine Interessen weltweit vertritt

1 1965 war die Queen zu Gast in München – und hörte zum Verdruss des deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke mehrmals die Bayernhymne. Das bayerische „mia san mia“ bei gleichzeitiger internationaler Vernetzung ist spätestens seit Franz Josef Strauß ein Markenzeichen bayerischer Politik. Sie bedeutet aber auch eine Gratwanderung, da sich der Freistaat in Konkurrenz zum außenpolitischen Alleinvertretungsanspruch des Bundes begibt. Bei unserer Tagung haben prominente Gastredner die bayerische „Außen-Politik“ historisch eingordnet sowie aktuelle Einflussbereiche und Herausforderungen benannt und debattiert.

Ferdinand Kramer vom Institut für Bayerische Geschichte der Universität München gab zunächst einen zeitgeschichtlichen Überblick. Er führte aus, dass der Freistaat Bayern anknüpfend an die lange Geschichte seiner staatlichen Selbständigkeit früher und intensiver als andere Länder begonnen hat, die eigenen Interessen im Ausland engagiert und selbstbewusst zu vertreten – bereits lange vor den berüchtigten internationalen Bestrebungen von Franz Josef Strauß. Diese frühzeitige Europapolitik erfolgte oft auch gegen den Widerstand des Bundes.

Offener Bundesstaat

Verfassungsrechtliche Aspekte der Außenpolitik des Freistaats erklärte der Völker- und Europarechtler Bardo Fassbender von der Universität St. Gallen: Soweit die Länder für die Gesetzgebung zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen (Art. 32 Abs. 3 GG). Die Bundesrepublik ist also ein offener Bundesstaat, jedoch nutzen die Länder diese Option relativ wenig; sie veröffentlichen stattdessen gemeinsame Erklärungen mit anderen Staaten, die nicht rechtlich bindend sind. So vermeiden sie eine rechtliche Kollision mit dem außenpolitischen Alleinvertretungsanspruch des Bundes.

Josef Braml von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erläuterte, dass Außenpolitik schon lange nicht mehr alleinige Domäne staatlicher bundesdeutscher wie bayerischer Institutionen ist, sondern in einem vielschichtigen Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stattfindet: Man müsse eher in Netzwerken, denn in (national-)staatlichen Kategorien denken.

Bayerisches Selbstverständnis

Für den ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber ist klar: Das kollektive Gedächtnis und der Wille des Volkes führt zum bayerischen Selbstverständnis als Global Player. Man fühle sich eben zuerst als Bayerin, dann als Deutsche oder Europäerin. „Die Menschen wollen, dass Bayern in Deutschland, Europa und darüber hinaus eine große Rolle

spielt. Das muss repräsentiert werden“, meinte Stoiber, der sich vor etwa 160 Zuhörern im Auditorium der Akademie ganz in der Tradition seines Mentors Franz Josef Strauß verortete: Bayerische Außen(wirtschafts)politik als notwendiges Mittel, um in der Globalisierung zu bestehen. Wie könne aber Bayern als Global Player bestehen? Der frühere Ministerpräsident gab drei Empfehlungen:

- „Ruhe statt Aufbruch darf nicht das Motiv der Politik sein“, erläuterte Stoiber und warnte eindringlich davor, die bayerische Vorreiterrolle, auch und insbesondere als führender Industrie- und Hochtechnologiestandort, durch das Aufschieben notwendiger Infrastrukturmaßnahmen zu gefährden – selbst in Zeiten erhöhten Partizipationsdrucks aus der Bevölkerung und in Zeiten erhöhten Erklärungzwangs von Politik und Wirtschaft.
- „Im Spiel bleiben“ – und daher im Bereich der digitalen Infrastruktur nachrüsten.



Edmund Stoiber sieht Bayern als Global Player

Fotos: Haas

- „Bündnispartner suchen“ und die bayerische Politik fest im internationalen System verankern. Oder wie es schon Franz Josef Strauß ausgedrückt hatte: „Bayern als Heimat, Deutschland als Vaterland, Europa als (Gegenwart und) Zukunft.“

Außen-Politik als Beziehungspflege

Der Terminkalender der Bayerischen Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, Beate Merk, zeigt, dass bayerische Außen-Politik vor allem als Beziehungspflege zu verstehen ist: Tschechien (wo Anfang Dezember 2014 die Bayerische Repräsentanz eröffnet wurde), die syrische Grenzregion, China, Türkei, Ukraine, Brüssel – unzählige Gespräche mit unzähligen Partnern zu unzähligen Themen. Warum aber traut sich das verhältnismäßig kleine Bayern die Rolle eines eigenständigen Players zu? „Weil Bayern“, so erklärt es die Europaministerin, „ein besonderes, ein wirtschaftlich potentes, bestens vernetztes Land



Beate Merk: „Bayern funktioniert nur in einem starken Europa“

ist, das seine Meinung äußert und weiß, dass es die großen Fragen nur in Zusammenarbeit mit seinen Partnern beantworten kann.“ Bayern kann also nur als Teil eines starken Europas funktionieren und dabei seine Interessen bei den folgenden zentralen Themen durchsetzen: Reformpolitik im

Euro-Raum, Freihandelsabkommen mit den USA und gesamteuropäische Flüchtlingspolitik.

Einfluss auf Straßburg und Brüssel

Beim Gespräch „Bayern und das Europa der Regionen“ zeigte Martin Grosse Hüttmann von der Universität Tübingen auf, dass Bayern – frei nach dem Motto „Vorsprung durch Technik“ – schon früh europapolitische Ansprüche gestellt und die Möglichkeiten des deutschen und europäischen Föderalismus dafür genutzt habe. Ursula Männle, ehemalige Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, hat beispielsweise über Jahrzehnte daran mitgewirkt, die bayerische Legislative und damit auch die Opposition an der Europapolitik des Freistaats zu beteiligen. „Europapolitik ist eine parlamentarische und keine parteipolitische Angelegenheit“, bestätigte Linus

Förster, der für die SPD im Europa-Ausschuss des Landtags sitzt. Da aber im Zuge der Euro-Krise wieder verstärkt die nationalen Regierungen Entscheidungen treffen – und gleichzeitig weitere selbstbewusste Regionen wie Katalonien oder Schottland auf den Plan treten – wachsen die Herausforderungen hinsichtlich einer erfolgreichen Einflussnahme auf die Brüsseler Politik. Als Oppositionspartei könne die SPD der Staatsregierung Handlungsempfehlungen geben, über die Große Koalition im Bund Einfluss nehmen oder durch eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtags dessen Ausschüsse dazu anhalten, sich verstärkt mit europäischen Fragen zu beschäftigen. Man spielt in Europa durchaus auch über Bande.

Da Außenpolitik für den Freistaat zu großen Teilen Außenwirtschaftspolitik ist, rückt die aktuelle Krise um

Russland und die Ukraine gerade für Bayern in den Fokus. Über die Folgen der neuen Ost-West-Bipolarität für bayerische Unternehmen in Russland und russische Unternehmen in Bayern sprachen der russische Generalkonsul in München, Sergey Ganzha, der Sonderbeauftragte der Messe München für Russland, Bernd-Joachim Pantze, und der Abteilungsleiter für Internationalisierung im Bayerischen Wirtschafts-



Sergey Ganzha: Trotz Sanktionspolitik die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bayern und Russland erhalten

ministerium, Johann Schachtner. Bei aller unterschiedlichen Bewertung der Ukrainekrise waren sie sich letztlich einig – zumal man vor demselben Dilemma stehe: Trotz der offiziellen Sanktionspolitik müsse die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bayern und Russland erhalten bleiben.

Herausforderung Ukraine

Für die bayerische Seite heißt die Einflussmöglichkeit „Wandel durch Handel“. Für den russischen Generalkonsul Ganzha ist es entscheidend, „außenpolitisch verlässliche Partner und ein friedliches Zusammensein, sowie innenpolitisch Stabilität im wirtschaftlichen, infrastrukturellen und politischen Transformationsprozess der Russischen Föderation“ zu haben. Durch Fortwähren der guten wirtschaftlichen Austauschbeziehungen ließen sich mittelfristig die gegenwärtigen FRIktionen überwinden, so die Zuversicht der Beteiligten.

Das abschließende Panel fokussierte Verkehrspolitik und insbesondere Verkehrsinfrastrukturpolitik, zumal beide besonders relevante Bereiche der Europa- und damit der Außenpolitik darstellen – nicht nur, weil sie entscheidender Faktor für Mobilität sind: In normativer Hinsicht ist gerade der freie Personen- und Dienstleistungsverkehr das Kennzeichen der Europäischen Integration schlechthin und Verkehrspolitik dient damit als zentrales Instrument zum Ausbau des Binnenmarktes.

Überregionale Verkehrspolitik

Funktionell ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur Grundvoraussetzung für die Effizienz von Wirtschaftssystemen und von Regionen, gerade im Zeitalter der Entgrenzung und des demografischen Wandels. Schon die geopolitische Lage Bayerns an der Schnittstelle der europäischen Nord-Süd- und der Ost-West-



Verkehrspolitik im Fokus: Alexander Kreipl, Konrad Bergmeister, Ulrich Lange und Ewald Schurer (v.l.)

fizierten gerade strukturschwache Regionen, zumal vor allem Grenzregionen, vom Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur.

Besonders zwei Projekte standen im Vordergrund der Diskussion mit Ulrich Lange, dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bun-

grenzüberschreitenden Auswirkungen; zum anderen der Bau des Brenner-Basistunnels sowie der notwendigen Zuleitungen in Bayern. Hinsichtlich der Maut wurden verschiedene Modelle diskutiert und kritisiert. Vorrangiger Streitpunkt war dabei die grundsätzliche Frage nach der Art der Finanzierung von Straßennetzen sowie die Frage nach dem wirklichen Profit einer PKW-Maut. Trotz unterschiedlicher Ansichten kam man überein, dass die Lösung für die Zukunft in einem europaweiten Mautsystem liegen müsse, welches die (Re-)Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen erlaube, ohne zugleich den Vorwurf der Kleinstaaterei aufkommen zu lassen. Ebenso bestand Einigkeit darüber, dass Deutschland (und vor allem Bayern) bei dem Projekt des Brenner-Basistunnels und der Realisierung der Zubringer großen Nachholbedarf habe. Man habe bislang, im Gegensatz zu den anderen beteiligten Staaten Österreich und Italien, den Wert und das Gewicht des Projekts unterschätzt. Abschließend stellten die Beteiligten auf die gesellschaftlichen Effekte der Verkehrspolitik ab, denn sie wirke unmittelbar auf den sozialen Zusammenhalt in Europa hin, weil sie Interaktionen und Austausch ermögliche: sowohl im Rahmen des sogenannten kleinen Grenzverkehrs wie auch in der gesamteuropäischen Dimension. ■

*Sebastian Haas / Beryll Kunert /
Andreas Kalina*



Der Bau des Brenner-Basistunnels ist in Italien und Österreich weiter vorangeschritten als in Bayern

Foto: BBTSE

Achsen unterstreiche die gesamteuropäische Dimension von Verkehrsfragen. Auch für die Performanz der eigenen Wirtschaft seien gute Verkehrsnetze zu den süd- und osteuropäischen Nachbarn ebenso wichtig wie die Anbindung an die bayerischen Zentren. Und nicht zuletzt pro-

destagsfraktion, dem SPD-Bundestagsabgeordneten Ewald Schurer, Konrad Bergmeister (Vorstandsvorsitzender der Errichtergesellschaft des Brenner-Basistunnels) und Alexander Kreipl vom ADAC Südbayern: zum einen die geplante Einführung der PKW-Maut in Deutschland und ihre möglichen

Weltpolitik zu Gast in Bayern

Probleme rund um den G7-Gipfel auf Schloss Elmau

Anfang Juni dieses Jahres blickt die Weltöffentlichkeit auf Bayern. Die Staats- und Regierungschef der sieben führenden Industrienationen treffen sich auf Schloss Elmau zwischen Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald. Eine Tagung mit der Deutschen Polizeigewerkschaft widmete sich nicht nur Sicherheitsaspekten.

„Der Gipfel ist eine Chance für Bayern“, sagte der bayerische Staatskanzleichef Marcel Huber. Dem G7-Gipfel gelte die öffentliche Wahrnehmung der ganzen Welt. Der Eindruck, der davon bleibe, halte sich über Jahre. Auch die Belange der Umwelt, wie etwa der Landschaftsschutz, seien Teil der Visitenkarte bei der Ausrichtung des Gipfels. Die Menschen

auf die Situation beim G8-Gipfel 2007 (damals noch mit Russland) in Heiligendamm. Kuhn sprach über spezifische polizeiliche Herausforderungen, die der Gipfel mit sich bringe. Bei der Planung seien zu berücksichtigen die Erstellung von Verkehrskonzepten, die Unterbringung und Verpflegung der Polizeibeamten und die Kommunikationswege. Zur Ausgangslage gehöre auch, dass 5000 Journalisten erwartet werden und mit Demonstrationen zu rechnen ist.

Nach Elmar Rieger, Professor für Soziologie an der Universität Bamberg, handelt es sich bei dem Gipfel eher um ein informelles Treffen, dessen Ergebnisse jedoch Gewicht bei der Gestaltung des globalen Wirtschaftssystems hätten. Daran mache sich auch die Kritik der Globalisierungsgegner fest. Diese Gruppe sei extrem vielfältig. Hinsichtlich des Ausmaßes der Demonstrationen hänge viel davon ab, ob die Gipfel-Agenda sensibel formuliert sei, so Rieger.

Mediengipfel

Andreas Bönte, Programmberichtsleiter beim Bayerischen Rundfunk, gab Einblicke in die mediale Aufarbeitung von Großereignissen wie dem G7-Gipfel. Für das Publikum seien Veranstaltungen wie Olympische Spiele, Papstbesuch, Landtagswahlen, die Wiesn oder die Münchner Sicherheitskonferenz besonders interessant und damit für die Medien sehr wichtig. Bei den Vorbereitun-

gen zum G7-Gipfel spiegeln sich die Veränderungen in der Medienwelt. Heute gehörten zu den Berichterstattern auch Blogger. Es gäbe „keinen medienfreien Raum mehr“. Der



Andreas Bönte: „Es gibt keinen medienfreien Raum mehr“

Bayerische Rundfunk setze verstärkt auf die trimediale Berichterstattung mit Fernsehen, Hörfunk und Internet, so Bönte.

Der hohe Sicherheitsbedarf auf Schloss Elmau wirft auch wieder Fragen des Bundeswehreinsatzes im Innern auf. Die Juristin Laura Münnler von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität befasste sich mit Zulässigkeit und Grenzen der Inanspruchnahme der Bundeswehr. Die Verfassung sieht im Grundsatz vor, dass die Bundeswehr nur „zur Verteidigung“ eingesetzt wird. So solle sie kein politischer Machtfaktor werden und eine Militarisierung der Polizei verhindert werden. Ausnahmen gäbe es bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen. Mit Blick auf die Situation in Elmau könne man grünes Licht geben, wenn es um Pionierarbeit, Geräte und Sanitäshilfe durch die Streitkräfte gehe. Darüber hinausgehende Maßnahmen seien jedoch sorgfältig zu prüfen.



Staatsminister Marcel Huber: „Gipfel ist eine Chance für Bayern“

gingen immer davon aus, dass es in Bayern sicher ist. Dies sei allerdings nicht selbstverständlich und funktioniere insbesondere dank der Polizei. Huber erhofft sich von dem G7-Treffen einen Beitrag zur Weltinnenpolitik und ein Voranbringen des Völkerrechts.

„Wir werden keinen Zaun haben“, sagte der Leitende Polizeidirektor Peter Kuhn vom Polizeipräsidium Oberbayern Süd in Anspielung



Podiumsdiskussion mit Benedikt Franke, Margarete Bause, Gero Kellermann und Stefan Cornelius (v.l.)
Fotos: Kunert

„G7 gegen den Rest der Welt“ lautete der Titel einer Podiumsdiskussion mit der Fraktionschefin der Grünen im Bayerischen Landtag Margarete Bause, dem Leiter des Ressorts Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung Stefan Cornelius sowie Benedikt Franke, Chief Operating Officer der Stiftung Münchener Sicherheitskonferenz.

Bause bezeichnete die G7/G8-Gipfel als Anachronismus und „Verein der Weltelite von gestern“.

„Gipfel-Anachronismus“

Es sei „unhaltbar, dass Länder wie China und Indien auf Klappstühlen daneben sitzen“. Weltpolitisch

seien die G20 entscheidend, wobei langfristig die Vereinten Nationen entsprechende Koordinierungen vornehmen sollten.

Franke sieht dagegen Vorteile im G7/G8-Modell. So sei hinsichtlich der Durchsetzung von Versprechen kein anderes Forum so erfolgreich. Es habe sich zudem gezeigt, dass gerade Afrika von den Gipfelbeschlüssen profitiert.

Kornelius sieht eine massive Verschiebung der Gewichte in einer multipolaren Welt. In dem G7-Gipfel läge ein Riesenauftwand, und man solle dafür werben, dass das Zusammentreffen inhaltlich Nutzen und Wert hat. Die Erwartungen an die Politik dürften jedoch nicht zu hoch sein; etwa, dass ein G7 alle Probleme lösen könne. ■

Gero Kellermann



Zeichnung: Liebermann

Lässt sich Heimat planen?

Kommunalpolitisches Forum zur Landesentwicklung in Bayern

Bayern ist auf Wachstumskurs. Doch dies gilt nicht für alle Regionen des Freistaats. Kann man durch Landesentwicklung gewünschte Tendenzen verstärken und negative verhindern? Das Kommunalpolitische Forum der Akademie und des Bayerischen Städtetags im Nürnberger Rathaus machte die Brisanz des Themas deutlich.

Der bayerische Finanz- und Heimatminister Markus Söder sieht die Landesentwicklung als eine „ganz große landespolitische Aufgabe“. Die Wachstumsdynamik in Bayern verteile sich auf bestimmte Bereiche. Jedoch seien die Entwicklungen unterschiedlich. So gäbe es einen Zuzug in die Großstädte, in den kleineren Orten konnte bisher nur der Wegzug gestoppt werden. Entscheidende Herausforderungen lägen darin, ländliche Räume mit Geld zu unterstützen und digital zu erschließen. Außerdem sprach sich Söder für eine Dezentralisierung von Bildungseinrichtungen aus. Es gäbe einen enormen Effekt, wenn an strukturschwachen Orten Wissenschaftseinrichtungen entstehen, die ins Umfeld ausstrahlen könnten.



Markus Söder: „Dynamik in Bayern unterschiedlich verteilt“

Beispiel das Anbindegebot, wonach neue Bauflächen nur in Anbindung an bestehende Siedlungen entstehen sollen. Söder sprach sich für ein bestimmtes Maß an individuellen Gestaltungsmöglichkeiten aus, etwa wenn es um Tourismus gehe.

Planung nicht gleich Bürokratie

Der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly, der auch Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und Präsident des Deutschen Städtetags ist, sieht bei den Deutschen ein „dissonantes Verhältnis zur Planung“. Planung bedeute aber nicht Bürokratie oder Dirigismus. Die Landesent-



Ulrich Maly: „Nicht alles ist steuerbar“
Fotos: Haas

Zum Landesentwicklungsprogramm gäbe es viele Verbandsvorschläge, es sei aber schwierig, einen Kompromiss zu finden. Ein Streitthema sei zum

wicklung könne bestimmte Leitplänen einziehen, um eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Natürlich seien nicht alle Pro-

zesse steuerbar, aber es gäbe Bereiche, in denen es durchaus möglich sei. Maly sieht eine Tendenz zur Verbreitung von „Aldi-Lidl-Takko-kik-Kombinationen“. „Dann macht irgendwann der Dorfmetzger zu“, sagte der Nürnberger OB. Maly plädierte für eine Stärkung der zentralen Orte. Dies dürfe jedoch kein schlichtes Etikett sein, sondern müsse sich an der Funktionalität festmachen. Ausnahmen vom Anbindegebot steht Maly auch beim Tourismus skeptisch gegenüber. Hier dürfe man „keine Verheißen in der Raum stellen“.

Wie Urbanität entsteht

Josef Deimer, ehemaliger Oberbürgermeister von Landshut und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags, sieht eine gemeinsame Verantwortung darin, in den Städten für eine gute Zukunft des Landes „Heimat zu bauen“.

Viele Ansprüche seien zu beachten: Entfaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich Wohnen, Freizeit und Kultur, die Wirtschaft melde Raumbedarf an, die Landwirtschaft benötige ihre Flächen. Deimer sieht in einer gesunden Durchmischung und Ordnung der Ansprüche das über Deutschland hinaus geschätzte „Weichbild der bayerischen Kulturlandschaft“. Durch die Dichte und Vielfalt in der wechselseitigen Durchdringung möglichst vieler kultureller, ökonomischer, politischer und historischer Wirkungsfelder könne selbst in kleineren Städten Urbanität entstehen.

Gabi Troeger-Weiß, Professorin für Regionalentwicklung und Raumordnung an der Technischen Universität Kaiserslautern, identifizierte verschiedene aktuelle Herausforderungen für ländliche Räume. Probleme entstünden insbesondere durch den

demografischen Wandel. Dazu gehören etwa die schulische und medizinische Versorgung, der öffentliche Nah-



Gabi Troeger-Weiß: Herausforderungen durch demografischen Wandel

verkehr und die Nahversorgung mit Lebensmitteln. Troeger-Weiß rief zu „Mut zu Experimenten“ auf und stellte verschiedene Lösungsstrategien vor; etwa rollende Supermärkte, Bürgerbusse, Standortsysteme für Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge und eine stärkere interkommunale und interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Auch der Direktor des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein Dieter Karlin lenkte die Aufmerksamkeit auf innovative Ansätze. Er gab Einblicke in die europäische Förderung von Projekten der Regionalentwicklung. Für Bayern besonders interessant seien die Programme der EU zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG A) und der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG B). Im Rahmen des Projektes ACCES Alpenraum wurden zum Bei-

spiel neue Wege zur Grundversorgung in ländlichen Gebieten gesucht, etwa zur Bestellung von Lebensmitteln über das Internet und kostengünstiger Lieferung nach Hause. Ein weiteres Förderprojekt befasste sich mit der Erleichterung des Internetzugangs in dünnbesiedelten Bergregionen. Voraussetzung für eine gelingende Antragstellung sei „ein Mindestmaß an organisatorischer Infrastruktur“, sagte Karlin. ■

Gero Kellermann



Strukturschwaches Niederbayern: Problem für die Landesentwicklung

Foto: Klaus Ottes/flickr

Bilder von Krieg und Frieden

Passend zum Themenschwerpunkt des vergangenen Jahres zeigen wir die aktuelle Ausstellung im Foyer vor dem Auditorium. Vier Künstlerinnen und zwei Künstler der AUKIO-Gruppe haben sich mit dem Thema „Krieg und Frieden“ auseinandergesetzt. Aukio kommt aus dem Finnischen und heißt „Lichtung“. Die Gruppe hat ihre Ateliers im nahe Tutting gelegenen Kerschlacher Forst in einem ehemaligen Atombunker. Bei der Vernissage erläuterte Michael Schröder die Aktualität der Thematik. Neben ihm führte Corinna Spies vom Bayerischen Rundfunk durch den Abend. Sie stellte die AUKIO-Gruppe vor. Von ihr moderiert erläuterten die Künstler ihre Bilder und die Motivation zu diesen.



Mario Sprinz und sein „Apple for Peace“

Foto: Kunert

Die beteiligten Künstlerinnen und Künstler sind: Monika Fehler, Michael Kühne, Irena Schikora-Kiefer, Ma-

rie-Luise Sieber, Mario Sprinz und Marlies Zahn-Ebert, die die Ausstellung auch kuratiert hat. ■

Die Ausstellung ist noch bis zum 28. März 2015 werktags von 8 bis 17 Uhr geöffnet (an Wochenenden auf Anfrage)

Die Macht der Algorithmen

Selbstbestimmung trotz(t) Digitalisierung

Neben vielen Annehmlichkeiten bringt die digitale Revolution auch Gefahren mit sich. Dabei geht es nicht nur um ausufernde Überwachung, sondern um ein künstliches Datennetz, das durch lern- und anpassungsfähige Algorithmen eine Art Parallelwelt schafft, die der Mensch kaum noch versteht. Die Algorithmen analysieren, was uns wichtig ist. Sie filtern, welche Informationen uns zur Verfügung gestellt werden – und welche nicht. Unsere digitalen Fußspuren werden in einen personalisierten Kontext gebracht, um so Aussagen über künftiges Verhalten zu treffen. Das gefährdet die Freiheit der Kommunikation und die Freiheit selbst.

Zum 49. Akademiegespräch im Landtag hatten Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Akademiedirektorin Ursula Münch zwei engagierte Frauen auf das Podium im Maximilianeum geladen: Yvonne Hofstetter, Autorin und Managing Director von Teramark Technologies und die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Yvonne Hofstetter führte ein in den Entwicklungsstand und das Potenzial von Datenfusion und künstlicher Intelligenz. Big Data ist für sie nichts anderes als das unentwegte Sammeln von Daten, einer Analyse der Situation und anschließender Handlungsempfehlungen – und zwar in einer Schnelligkeit, die das menschliche Gehirn kaum noch nachvollziehen kann. AWACS-Aufklärungsflugzeuge

oder Finanzmarktanalysen funktionieren so, aber das ist (scheinbar) noch weit von unserem Leben entfernt.

Ganz anders stellt sich die Situation aber dar, wenn Algorithmen zum Beispiel in sozialen Netzwerken unsere Familienverhältnisse, unseren Wohnort, unser Arbeitsverhältnis und unsere Rechtschreibung analysieren, Themendossiers erstellen und entscheiden: Bekomme ich noch einen Kredit? Darf ich mir das Schnitzel bestellen – oder nur einen Salat? Nicht auszuschließen ist dabei, dass Algorithmen auch Fehler machen oder manipuliert werden können. Das Bild, das Yvonne Hofstetter von der technologisierten Gesellschaft zeichnete, war ein düsteres: Wir geben unsere Daten zum großen Teil freiwillig her, nutzen Google-Dienste, lassen von intelligenten

ten Heizungssensoren die Raumtemperatur im Schlafzimmer kontrollieren, lassen uns von Drohnen Pakete ausliefern. Wer das alles nicht will, dem droht schon jetzt die Stigmatisierung: Hat er oder sie etwa etwas zu verbergen?

All das sind Formen freiwilliger oder unbewusster Überwachung, für die große Firmen wie Google und Facebook jährlich Milliarden ausgeben, und gegen die der Staat kaum etwas tun kann oder will. Yvonne Hofstetter formulierte daher drei Rechte, die Politik, Gesellschaft und Wirtschaft am besten im Gleichschritt verwirklichen sollten: Erstens das auf Gegenregulierung der digitalen Revolution, zweitens das auf Kontrolle der eingezogenen Daten, drittens das der Nicht-Teilnahme an der digitalen Welt.

Damit war Yvonne Hofstetter völlig im Einklang mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Sie war 1996 als Bundesjustizministerin zurückgetreten, weil sie das Mitgliedervotum der FDP zum Großen Lauschangriff nicht mittragen konnte. Seit dem Ende der schwarz-gelben Koalition 2013, in der sie wieder als Bundesjustizministerin wirkte, setzt sie sich unter anderem als Mitglied des sogenannten Lösch-Beirats bei Google für das Recht auf Vergessen ein. Beim Akademiegespräch machte sich Leutheusser-Schnarrenberger zur Fürsprecherin für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und einer rundum erneuerten gesamt-europäischen Datenschutzrichtlinie.

Die anschließende Diskussion im Bayerischen Landtag war lang, intensiv und geprägt von einem gut informierten Publikum. Was sich davon auch bei Twitter abgespielt hat, lesen Sie online auf:

<https://storify.com/apbtutting/die-macht-der-algorithmen-selbstbestimmung-trotz-t>

Sebastian Haas



Starkes Frauenpodium: Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Yvonne Hofstetter, Akademiedirektorin Ursula Münch und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (v.l.)
Foto: Haas

Wachsam und abwehrbereit!

Wie Kommunen kreativ der rechtsextremistischen Gefahr begegnen

Die Erkenntnis ist nicht neu und bestätigt sich immer wieder: Seit Jahren versuchen Rechtsextremisten dort Fuß zu fassen, wo sie unmittelbar auf die Bürgerinnen und Bürger treffen – in den Kommunen, in der Politik vor Ort. Umso wichtiger ist die Auseinandersetzung mit dieser Ideologie und Politik auf der Ebene, auf der die Konfrontation direkt und unmittelbar stattfindet. In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung veranstaltete die Akademie eine Tagung, auf der kommunale Entscheidungsträger und engagierte Bürger mit Wissenschaftlern und Verantwortlichen von Initiativen Entwicklungen und Gegenstrategien diskutierten.

184 Todesopfer rechtsextremer Täter seit 1990, mehr als zwei rechtsextremistische Gewalttaten pro Tag – die Zahlen, die Birgit Mair vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung in Nürnberg auflistete, sind erschreckend. Untersuchungen zu den rassistischen Einstellungen der Bevölkerung belegen zudem ein nicht zu unterschätzendes Potential an stillen Befürwortern.

Wobei, so Mair, interessant ist, dass jüngere Menschen für Rassismus weniger anfällig sind als die Generation der über 60-Jährigen. Rechtsextremisten versuchen dabei oft, durch „normale, vordergründig harmlose Themen“ als Akteur die kommunale Politikdiskussion mitzugestalten, um dann im nächsten Schritt ihre Ideologie zu propagieren. Wachsam zu sein gilt hier als das Gebot der Stunde. Für Birgit Mair wie auch Britta Schellenberg vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP München) sind es folgende Punkte, die kontinuierlich umgesetzt werden müssen:

- Beobachten und Dokumentieren;
- Öffentlichkeitsarbeit leisten, debattieren und demonstrieren;
- Ökonomischen, sozialen und gesetzgeberischen Druck aufbauen;

- Bildung für Demokratie und Menschenrechte umsetzen;
- Demokratische Mitbestimmung vor Ort aufbauen.

Dass besonders in Bayern der Schwerpunkt in den Ausbau der staatlichen Ressourcen (Polizei, Verfassungsschutz, Staatsschutz) gelegt werde, sieht Schellenberg kritisch.



Britta Schellenberg: „Staatliche Restriktion allein reicht nicht“

Das Beispiel anderer Bundesländer zeige, dass es die Kombination aus staatlicher Restriktion und zivilgesellschaftlicher Gegenwehr sei, die am meisten Erfolg verspreche. Am schlagkräftigsten seien dabei Bündnisse aus verschiedenen Initiativen, da so die Arbeit erheblich effizienter gestaltet

sowie das Einflusspotential gesteigert werden kann. Als gelungenes Beispiel führte sie die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ an.

Reden statt Ignorieren

Auch für Miriam Heigl, Leiterin der Fachstelle gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt München, ist Ignorieren kein guter Weg. Vielmehr ermöglichte nur aktives Dagegenhalten Aufklärung und Abschreckung: „Nur wenn über Rechtsextremismus gesprochen wird, können Demokraten ihre Argumente vorbringen.“ Das hat sich gerade auch in München, wo seit 2010 eine massive islamfeindliche Kampagne mit über 100 öffentlichen Versammlungen stattfindet, wiederholt gezeigt. Die Kommunen stehen in der Pflicht, die gegen Rechtsextremismus engagierten Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, z.B. indem den Beauftragten gegen Rechtsextremismus in den Bezirksausschüssen Rechtsschutz gewährt werde. Ansonsten, so Heigl, müsse „zero tolerance“ vorherrschen, insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Räume, der falschen Plakatierung für rechte Demonstrationen oder bei der Anmietung von Gaststätten und Versammlungsräumen. Was im Flächenland Bayern fehlt, ist eine Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), wie es sie zum Beispiel in Berlin gibt.

Hilfreiche Tipps

Dort arbeitet Bianca Klose. Sie hatte konkrete Handlungsempfehlungen dabei. Wie sichern sich Ladenbesitzer oder Gaststättenpächter davor, einen rechtsextremistischen Mieter oder Veranstalter ins Haus zu holen? Durch entsprechende Ausschlussklau-seln in Mietverträgen ist ein gewisser Schutz herzustellen. Allerdings ist dabei immer zu beachten, dass die

Gegenseite sehr klagefreudig ist und ein Gerichtsverfahren nicht scheut. Grundsätzlich „ist eine gute Vorbereitung das A und O“. Hilfreich ist es auch, Benutzungsordnungen oder Hausordnungen öffentlicher Räume so restriktiv und damit für die Rechts-extremen so unattraktiv wie möglich zu machen. Aber, so Klose, „ganz entscheidend ist, dass die juristische Aus-einandersetzung stumpf bleibt, wenn sie nicht mit einer politischen einhergeht.“



Bianca Klose brachte konkrete Empfehlungen mit
Fotos: Haas

Die für solche konkreten Probleme äußerst hilfreichen Veröffentlichungen der MBR Berlin sind durchweg als PDF-Dateien zum unentgeltlichen Herunterladen erhältlich.

Geschlossene Ablehnung

Der Politikwissenschaftler und ehemalige sächsische Landtagsabgeordnete Miro Jennerjahn wies darauf hin, dass Rechtsextreme und Rechtspopulisten Teil der Gesellschaft mit Anknüpfungspunkten an die Mehrheitsgesellschaft sind. Wie aber geht man als demokratischer Abgeordneter mit den gewählten Repräsentanten rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien in (Kommunal-)Parlamenten um? Dabei müsse grundsätzlich bedacht werden, dass eine demokratisch gewählte Partei nicht zwangsläufig eine demokratische Partei sei. Die schon öfters praktizierte Änderung von Geschäftsordnungen wird sehr schnell zum stump-

fen Schwert, viel wirkungsvoller ist der breite Konsens der demokratischen Abgeordneten: geschlossene Ablehnung sämtlicher parlamentarischer Initiativen sowie die inhaltliche Auseinandersetzung – soweit nötig und möglich. Und, so Jennerjahn, „die Rechtsextremen nie als Mehrheitsbeschaffer missbrauchen“.

Als eine Form präventiven Opferschutzes bezeichnet Alexander Brammann (Violence Prevention Network e.V., Berlin) seine Arbeit mit straffällig gewordenen, rechtsextremistisch orientierten Menschen. Dabei gehe es nicht darum, zu überzeugen, sondern vielmehr um das Anstoßen eines Erkenntnisprozesses. Ein Prozess, an dessen Ende idealerweise die Dera-dikalisierung, Ideologiedistanz sowie die Fähigkeit zu eigenverantwortli-cher Lebensgestaltung und emotionaler Intelligenz stehen.

Hohe Dunkelziffer

Über die Arbeit mit den Opfern rechts-extremistischer Gewalt berichtete Tina Schmidt-Böhringer von der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus, die beim Bay-erischen Jugendring angesiedelt ist. Die Ganzheitlichkeit der Beratung steht dabei im Mittelpunkt: Dies reicht von finanzieller über psycho-(soziale) Unterstützung bis hin zur Beratung im Umgang mit Medien. Sie betonte, dass die vorhandenen drei Beratungsstellen in Bayern dafür aber bei weitem nicht

ausreichen und ein wesentlich höherer Personal- und Finanzbedarf bestehe. Denn die Dunkelziffer der tatsächli-chen Übergriffe sei hoch. Als positives Beispiel nannte sie die Landeshauptstadt München, die plant, eine eigene Beratungsstelle mit zwei Personalstel-len einzurichten.

Gegeninitiativen

Mit welch kreativen Ansätzen und Ideen Kommunen und auch Gedenk-stättenpädagogik dem Rechtsextremismus begegnen, machten verschie-dene Beispiele deutlich:

Wewelsburg: Die auf Befehl Heinrich Himmlers von KZ-Häftlingen zu einer Trutzburg ausgebauten Wewelsburg mit der sogenannten „Schwarzen Sonne“ im Nordturm entwickelte sich seit den 1990iger Jahren zu einem star-ken Anziehungspunkt für die extreme Rechte. Mit einer distanzierenden Ausstellung über die Ideologie der SS sowie zum Beispiel Sitzkissen, die im Raum der „Schwarzen Sonne“-Intarsie verstreut sind, versucht die Leiterin des Kreismuseums, Kirsten John-Stu-cke, die „Kultstätte“ zu entmystifizie-ren. „Lümmeln statt strammstehen!“ heißt die Devise.

Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg: Schulklassen und anderen Gruppen bietet das Dokumentationszentrum in Zu-sammenarbeit mit dem Museumspä-dagogischen Dienst und dem Kreis-



Aktiv gegen Rechtsextremismus: Karl Willi Beck, Alexander Brammann, Kirsten John-Stucke, Tina Schmidt-Böhringer und Gerd Rudel

jugendring unterschiedliche Möglichkeiten, sich unter anderem auch mit dem Thema Rechtsextremismus zu beschäftigen. Im Sinne des historischen Lernens wird dabei der Frage nachgegangen, was eine rechtsextreme Mehrheitspolitik für uns alle bedeuten würde. Insgesamt, so die Einschätzung Melanie Wagers, „hat die Präsenz der Bildungsarbeit zu einem Zurückdrängen der Neonazis auf dem Gelände geführt“.

Deggendorf: Was macht man gegen die Aschermittwochskundgebung der NPD? Man gründet einen „Bunten Landkreis Deggendorf“, der unter Ein schluss der meisten Kommunalpolitiker, Kirchen und weiterer zivilgesellschaftlicher Gruppen einen Gegenentwurf aufbaut. Für Pfarrer Gottfried Rösch, einen der Initiatoren, ist dies allerdings nicht ausreichend, weil es über weite Strecken zu unpolitisch und zu träge ist. Das „Bündnis Deggendorf Nazifrei“ hingegen will von den Rechtsextremisten wahrgenommen werden, organisiert Gegenkundgebungen und die sogenannte Gaststättenkampagne. Da dies einigen Kommunalpolitikern zu weit gehe, erleichterte dies die Zusammenarbeit nicht immer.

Wunsiedel: „Es gibt keine guten Nazis!“ Klare Position zu beziehen ist die Empfehlung des Wunsiedler Bü

germeisters Karl Willi Beck. Davor jahrelang mehr oder minder ignoriert, setzte ab 2001 ein Umdenken ein: Die Wunsiedler wollten den Neonazi-Gedenkmärschen für Rudolf Heß etwas entgegensemmen.

Alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte wurden zusammen geholt und gründeten 2004 die Bürgerinitiative „Wunsiedel ist bunt, nicht braun!“ Eine Projektstelle gegen Rechtsextremismus wurde mit Unterstützung der Stadt eingerichtet, Aufklärungs- und Bildungsprogramme initiiert und am Tag des Aufmarsches wurden „die öffentlichen Räume eng gemacht“.

2014 ist den Initiatoren ein ganz besonderer Coup gelungen: der „Lauf der Rechten für EXIT!“ Mit jedem zurückgelegten Schritt haben die rechten Aufmarschteilnehmer Geld gesammelt für die Aussteigerinitiative EXIT – was sichtlich zu deren schlechter Laune führte. Der unfreiwillige

EMPFOHLENE WEBSITES:

- www.aida-archiv.de
- www.amadeu-antonio-stiftung.de
- www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de
- www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de
- www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html
- www.exit-deutschland.de
- www.lks-bayern.de
- <http://www.isfbb.de/>
- <http://www.bildung-gegen-rechtsextremismus.de/>
- <http://buntes-deggendorf.de/wir/>
- <https://www.deggendorf-nazifrei.org/>
- <http://www.museen.nuernberg.de/dokuzentrum/>
- <http://www.mbr-berlin.de/>
- <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Fachstelle-gegen-Rechtsextremismus/Arbeitsschwerpunkte0.html>
- <http://www.violence-prevention-network.de/>
- <http://www.wewelsburg.de/de/index.php>

Spendenlauf „Rechts gegen rechts“: <http://www.youtube.com/watch?v=ysTqSHoTz0M>

Manfred Schwarzmeier

Gerd Rudel



Der unfreiwillige Spendenlauf der Neonazis in Wunsiedel im November 2014

Foto: Rechts-gegen-rechts.de (ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH)

Kontroversen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP

US-Haushalt als zentrale ökonomische Herausforderung

Die Haushalts- und Wirtschaftsprobleme der USA sowie die Auseinandersetzungen um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP standen im Mittelpunkt einer kritischen Analyse von Matthias Fifka von der Universität Erlangen-Nürnberg.

Konservative Kräfte blockieren Präsident Obamas Politik und zeigen keine Kompromissbereitschaft. 76 Prozent der Republikaner verneinen die Notwendigkeit staatlicher Wirtschaftsregulierung. Diese Polarisierung führt zu Stillstand. Die weiße Mittelschicht ist – auch bedingt durch die Finanzkrise – von Verlustängsten beeinflusst. 2011 überstieg die Staatsverschuldung das Bruttoinlandsprodukt um 104 Prozent. Die Gründe sind ein Abflauen der Konjunktur, die hohen Militärausgaben für die Kriege in Afghanistan und dem Irak, geringere Steuereinnahmen, steigende Zinslasten und Konjunkturpakete.

Schreckgespenst Arbeitslosigkeit

Während sich die Konjunktur mit einem Wachstum von 1,6 Prozent im Jahr 2013 und voraussichtlich zwei Prozent in 2014 zögerlich erholt, bleibt die Arbeitslosigkeit das Schreckgespenst der USA – solange nicht stabile drei Prozent Wachstum eine Wiederbelebung des Arbeitsmarktes ermöglichen. Gründe für das bisher geringe Wachstum sind die schwache Binnen-nachfrage und eine zögerliche Investitionsbereitschaft. Die Arbeitslosenrate hat sich seit der Wirtschaftskrise 2008 mehr als verdoppelt.

Den aktuellen Diskussionen um das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) steht Matthias Fifka gelas-

sen gegenüber: Seit den 1990er Jahren seien bereits einige Verhandlungen gescheitert. Aber der transatlantische Handel sei extrem wichtig. Handelsabkommen reduzierten Zölle und Handelshindernisse und öffneten Märkte für Investoren. Wirtschaftswachstum und eine Zunahme von Handel und Investitionen (auch in Umwelttechnik) und eine Angleichung technischer Standards seien zu erwarten.

Kontroverse um Chlorhühnchen

Problematisch sei vielmehr die Intransparenz durch das zu breite Verhandlungsmandat der EU-Kommission und die daraus folgenden geheimen Verhandlungsinhalte. Dies führe auch zu einer unsachlichen und polarisierenden Diskussion wie über das „Chlorhühnchen“. Fifka sieht ein Problem beim Verbraucherschutz: Dem europäischen Vorsorgeprinzip, der Vermeidung von Schäden, stehe das amerikanische Nachsorgeprinzip, der Ausgleich von Schäden mit hohen Schadensersatzforderungen, gegenüber.

Für den Investitions-

schutz, die Möglichkeit auf einen Marktzugang zu klagen, spreche die Investitionsförderung und der Schutz der Investoren vor Willkür. Dagegen stehe, dass separater Investitionsschutz in funktionierenden Rechtsstaaten nicht notwendig sei und das Potential habe, die staatliche Gerichtsbarkeit zu umgehen. Solche Klagen könnten staatliche Handlungsfreiheit wie beim Atomausstieg behindern. Fifka warf Deutschland eine Doppelmauer vor: Weltweit führend mit 150 Investitionsschutzabkommen (USA nur 41) hätten deutsche Unternehmen vielfach im Ausland geklagt.

Deutschland ist mit einer Exportquote von 40 Prozent abhängig von Handelsabkommen. Über 70 Prozent der Exporte der deutschen Maschinenbau-, Chemie- und Kfz-Industrie gehen in die USA, so Fifka. Freihandel führt zu Arbeitsteilung und Effizienzgewinnen. Dennoch sei ein deutliches Wachstumsplus davon nicht zu erwarten. Und kontroverse Themen wie Verbraucherschutz sollten bei den Verhandlungen ausgeklammert werden. ■

Saskia Hieber



Matthias Fifka: „Verbraucherschutz bei TTIP-Verhandlungen ausklammern“
Foto: privat

Ein Land versinkt im Krieg

Ursachen und Perspektiven des Syrien-Konflikts

Die arabische Republik Syrien ist zu einer Spielfigur geostrategischer Interessen geworden. Was als friedlicher Protest während des Arabischen Frühlings begann, zeigt sich heute in einem grausamen Bürgerkrieg, der das Land zunehmend zerreißt. Die Tagung „Den Syrienkonflikt verstehen - Stellvertreterkrieg, Heiliger Krieg, Freiheitskampf?“* widmete sich diesem Krisenherd im Nahen Osten und warf einen differenzierten Blick auf die Ursachen seiner Entstehung und die zunehmende Internationalisierung des Krieges.

Der syrische Bürgerkrieg ist eine direkte Folge der langen und maroden Herrschaft autokratischer Regime in der gesamten Region. Die Jahre von 1976 bis 1982, die 1982 in das Massaker von Hama mündeten, können dabei als Schlüsseljahre für den heutigen Konflikt angesehen werden. In dieser Zeit kam es immer wieder zu bewaffneten sunnitischen Aufständen gegen das Regime Hafiz al-Assad, dem Vater des heutigen syrischen Machthabers Baschar al-Assad. Vor allem Mitglieder der Muslimbruderschaft bekämpften die damalige Assad-Regierung, der sie die Legitimität absprachen. Denn die herrschenden Eliten gehörten der Minderheit der Alawiten an, die oppositionellen Gruppierungen keinen Raum ließen. Das hat sich bis heute nicht geändert.

Kampf um Vorherrschaft

An die Stelle der ursprünglichen Idee einer Demokratisierung Syriens während des Arabischen Frühlings ist das machtpolitische Ringen um die Vorherrschaft in der Golfregion getreten, bei dem verschiedene Interessengruppen um ihre Einflussnahme kämpfen. Aus diesem Grund involviieren sich das Königreich Saudi-Arabien und das Emirat Katar nicht nur mit

Blick auf Syrien selbst, sondern auch mit dem Ziel der Einflusserweiterung in der gesamten Region, wie René Rieger von der Middle East and International Affairs Research Group (MEIA Research e.V., München) unter anderem am Beispiel des Konflikts zwischen Saudi-Arabien und Iran darstellte. Das Königreich zielte darauf ab, den iranischen Einfluss in Syrien zu schwächen; eine Tendenz, die verschiedene schiitische und sunnitische Gruppen etwa im Libanon kritisch betrachten. Auch Katar strebe danach, sich als Regionalmacht zu etablieren. Fehler wie im Umgang mit Al-Kaida versuche das Emirat in Bezug auf den „Islamischen Staat“ heute zu vermeiden.

Der Libanon hingegen, für den der syrische Konflikt eine unmittelbare Existenzbedrohung darstellt, ist gegenwärtig noch nicht als Failed-State zu bezeichnen. Doch er verfügt nicht mehr über die monopolistische Kontrolle seiner Staatsgrenzen. Rayan Haddad (Sciences Po, Paris) erklärte die Tragweite dieses Souveränitätsverlustes: Eine direkte Folge sei der zunehmende Einfluss der Hisbollah, die mit dem syrischen Regime kooperiere, um Waffenlieferungen aus dem Iran zuzulassen. Iran nutze diesen Weg als Schutz vor Israel.

Bedeutung für den Ölexport

„Wir haben keine Strategie. Das ist unsere Strategie.“ So beschrieb Kinan Jaeger (Universität Bonn) das gegenwärtige Vorgehen der globalen Akteure USA, EU und China in Syrien, vor allem mit Blick auf den „Islamischen Staat“. Die Einzigen, die gezielt gegen den „Islamischen Staat“ vorgehen könnten, seien laut Jaeger der Iran, die Hisbollah und das Assad-Regime. Alle drei Akteure gelten für die USA



Syrienexperten (von links): Kinan Jaeger, Walter Staufer, Markus Bickel, Hans-Georg Lambertz, Anja Opitz, Carsten Wieland und Ludwig Schulz
Foto: Kunert

*In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

jedoch als „Schurken“ und aus diesem Grund hielte sich das Land zurück. Allianzen mit diesen Akteuren seien in den USA noch nicht erklärbar oder gar legitimierbar. Zudem sei es für die

„Wir haben keine Strategie. Das ist unsere Strategie.“

Kinan Jaeger

USA von strategischer Bedeutung. Unruhen in der unmittelbaren Golfregion schon in ihrer Entstehungsphase einzudämmen. Bestünden etwa terroristische Gefahren auf den für den Ölexport wichtigen Seestraßen wie dem Suez-Kanal oder der Straße von Hormus – lange und teure Routen – wäre eine direkte Pipeline über Syrien zum Mittelmeer sowohl für die USA als auch für Katar ideal.

Ähnlich gestaltet sich die Lage auch für die Europäische Union. Das Mittelmeer liegt im direkten strategischen Einflussbereich der EU, Syrien so gesehen direkt vor unserer Haustür. Demnach sei auch den EU-Mitgliedstaaten daran gelegen, diese Region befriedet oder zumindest stabil zu halten. Auch China suche zunehmend nach Verbündeten in der Golfregion. Strategisch sieht Jäger hier eine Gefahr für die USA: Zwischen China und Iran liegt Afghanistan. Baute China eine Pipeline direkt durch Afghanistan nach Iran, könnte das Land Iran als Allianzpartner – auch gegen die USA – gewinnen.

Kein Bürgerkrieg

Im Ergebnis durchaus differenziert zeigte sich die abschließende Podiumsdiskussion, welche den Syrienkonflikt insgesamt zu bewerten und Entwicklungen für die Zukunft aufzuzeigen versuchte. Carsten Wieland vom Auswärtigen Amt betrachtet den Syrienkonflikt nicht als Bürgerkrieg. Vielmehr sieht er verschiedene Kon-

fliktilinen asymmetrischer Struktur, dessen Ausgangslage der Kampf eines Restregimes gegen die Bevölkerung war. Es sei ein Heiliger Krieg und auch ein Freiheitskampf. Ein Bürgerkrieg sei dieser Krieg jedoch nicht, denn es seien nicht die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die gegeneinander kämpften. Dies sei stets die Rhetorik des Regimes.

Markus Bickel, Nahostkorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Kairo, plädierte dafür, die Diskussion nicht nur auf den „Islamischen Staat“ zu reduzieren, sondern auch jene Verbrechen im Blick zu behalten, die das Assad-Regime vor 2011 zu verantworten hatte. Man dürfe nicht die freiheitliche Opposition vergessen, die während des Arabischen Frühlings für demokratische Werte wie Meinungsfreiheit und Transparenz auf die Straße ging.

Im Kampf gegen den „Islamischen Staat“, der sicherheitspolitisch für Europa eine starke Bedrohung darstelle, könne Assad aus der Sicht Wielands und Bickels jedoch kein Partner sein. Das Regime kooperiere stets mit radikalen Kräften und unterdrücke eine säkulare Alternative massiv. Es sei ein Irrtum und im Ergebnis falsch gewesen, anzunehmen, Syrien hätte sich vor dem Arabischen Frühling auf Reformkurs befunden. Eventuell könnte man innerhalb des Regimes Akteure finden, die für einen Friedensprozess offen wären, jedoch sei der Begriff „Regime“ an dieser Stelle sehr weit gefasst.

Die Phase des Arabischen Frühlings ist abgeschlossen und in eine neue Phase übergegangen, in der alle von dieser Revolution betroffenen Staaten wohl eine unterschiedliche Entwicklung nehmen werden. Das



Straße in Aleppo nach einem Bombenangriff

Foto: wikipedia commons / Scott Bobb

Jäger unterstützte dieses Argument und rief dazu auf, das syrische Volk weiter zu ermutigen, sich auf das schon da gewesene Zusammensehungsgefühl zu besinnen. Man solle den Willen der syrischen Bevölkerung nicht vergessen und müsse jene Akteure gezielt ansprechen, die friedensbereit sind. Demnach sei es wichtig, stärker als bislang darauf hinzuwirken, Dialogprojekte aufzunehmen und umzusetzen; unter Umständen auch mit dem Assad-Regime.

Ergebnis für Syrien ist offen und nur schwer vorherzusagen. Dennoch gibt es gerade in der gegenwärtigen Situation durchaus Optionen, über die mit Nachdruck gesprochen werden sollte: Flugverbotszonen und Schutzzonen für die syrische Bevölkerung sind auch im jetzigen Chaos nicht falsch, ebenso wenig eine Debatte über den Einsatz von Blauhelmen. Es besteht die Notwendigkeit einer strategischen und politischen Lösung für das Land. ■

Anja Opitz

Training gegen Diskriminierung

Gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Homophobie: Das Schülernetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ trainierte zwei Tage lang in der Akademie und in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München elf Schülerinnen und Schüler. Das „aktivcoach-Training“ war die Fortsetzung der langjährigen Kooperation mit dem Schülernetzwerk.

Durch verschiedene Methoden und didaktische Mittel lernten die Teilnehmer, wie schnell Ausgrenzung geschehen kann, wie schwierig richtige Kommunikation ist und wie sehr Vorurteile

mussten vor die Tür gehen, während sich die restliche Gruppe ein Gesprächsthema ausdachte und drei Wörter aus dem Themenfeld durch andere ersetzte. Der Lehrer wurde zur

ihren Schulen aktiv zu werden und gegen Diskriminierung zu agieren. Sie haben so die Möglichkeit ihre alltägliche Umgebung zu gestalten und anderen Teilnehmern durch stetigen Erfahrungsaustausch über das Netzwerk zu helfen.

Schule ohne Rassismus ist das größte bestehende überparteiliche Schülernetzwerk Deutschlands und setzt damit dort an, wo Diskriminierung und Ausgrenzung oft beginnen: in der Schule. Das Netzwerk schult Schüler ab der 7. Klasse, die selbstverant-



Beim „Bergdorf-Spiel“ passiert Ausgrenzung ganz schnell und unbedacht

Foto: Beryll Kunert

ein gutes Miteinander behindern. So sollten die Schüler in einer Übung des aktivcoach-Trainings in Gruppen die Begriffe „Mehrheit“ und „Minderheit“ sowie „einzigartig sein“ und „anders sein“ definieren und dann gemeinsam mit den anderen diskutieren. Dass „anders sein“ eine subjektive Wahrnehmung ist – und damit keine Eigenschaft des anderen, sondern etwas, das man selbst der Person zuschreibt – war Ergebnis und Lehre der Übung. Das „Bergdorf-Spiel“ verdeutlichte, wie automatisch und unbedacht Ausgrenzung geschehen kann: Fünf Schü-

Lampe, die Schüler zu Stühlen und die Schule zur Irrenanstalt. Für die draußen Gebliebenen war es unmöglich, danach am Gespräch teilzunehmen. Sie saßen still auf ihren Plätzen. Die größere Gruppe grenzte die anderen automatisch aus – obwohl dies weder Teil der Spielregeln war und es ihnen auch nicht verboten war, einem hereinkommenden die umgewandelten Wörter zu erklären.

Durch diese Übungen, Diskussionen und Spiele wurden die Schüler trainiert und sensibilisiert, um selbst an

wortlich an ihren Schulen als aktivcoach wirken. Unter dem Motto „aktiv in der Klasse, aktiv in der Schule, aktiv im Projekt“ sollen vor allem Erfahrungen ausgetauscht werden und die Nachhaltigkeit des Projekts gefördert werden. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ versucht, Schüler im Umgang mit Vorurteilen und Andersartigkeit zu sensibilisieren und so zu einer verantwortungsvollen und toleranten Gesellschaft beizutragen. ■

Beryll Kunert

Politische Praxis spielerisch erfahren

Planspiele im Mittelpunkt des 4. Tutzinger Didaktikforums

Einen guten Überblick über unterschiedliche Planspiele und ihre Einsatzmöglichkeiten in der Schule und der außerschulischen politischen Bildung bot eine Tagung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. 20 politische Bildner waren gekommen, um sich über die vielfältigen Formate und Einsatzmöglichkeiten von Planspielen und Politiksimulationen zu informieren. Die Themenpalette reichte von der Kommunalpolitik über Migration in Europa bis zur nachhaltigen Klimapolitik. Die Planspiele wurden von erfahrenen Spielleiterinnen und -leitern präsentiert und natürlich auch ausprobiert und gespielt.

Im Bündelsdorfer Gemeinderat gehen die Wogen hoch: Was soll aus dem vor 25 Jahren geschlossenen Schwimmbad werden? Soll die Fläche unbebaut bleiben und zum Zwecke des Naturschutzes und seltener Arten genutzt werden? Oder soll man der Initiative des örtlichen Pharmakonzerns folgen, der das Gelände von der Gemeinde kaufen und dort ein Krebsforschungszentrum mit zahlreichen hochqualifizierten wissenschaftlichen Arbeitsplätzen errichten will? Oder setzen sich die Interessen des Sportklubs durch, der endlich wieder vernünftige Trainingsmöglichkeiten für seine Schwimmabteilung haben möchte? Bettina Schmitt, im Hauptberuf Rechtsanwältin aus München und Lehrbeauftragte an der Hochschule München, ist selbst begeisterte Planspielleiterin. Sie stellte das Spiel vor und ließ die Rollenspieler aus Gemeinderatsfraktionen und Interessengruppen aufeinander treffen.

Kompetenzförderung

Zuvor hatte Stefan Rappenglück, Hochschullehrer in München und erfahrener Planspielleiter und -entwickler, die Grundlagen des Planspielansatzes erläutert: „Es geht immer um ein zwar fiktives, aber dennoch wahrscheinliches Szenario. Es braucht Rollenprofile und Interessenslagen. Zielsetzung ist das Aushandeln einer gemeinsamen politischen Entscheidung vor dem Hintergrund vielseitiger und teilweise divergierender Interessen.“

Durch Simulationen werden Fach- und Faktenwissen, Strukturen, Entscheidungsabläufe und Funktionen von Gremien nachhaltig vermittelt. Mit der Analyse von Macht- und Herrschaftsaspekten und der Durchsetzung von Interessen in Institutionen lernen die Teilnehmenden, den politischen Prozess besser zu verstehen. Neben diesen fachlichen Inhal-

präsentiert werden. Dabei darf die Gefahr nicht übersehen werden, dass unter Umständen die Scheinwelt des Planspiels mit der politischen Realität verwechselt wird. Kritiker der Methode wenden ein, dass Entscheidungen in der Simulation lediglich Ersatzhandlungen ohne reale Konsequenzen sind („Politik im Sandkasten“).



Beim Brettspiel „trico₂lor“ geht es um die Rettung des Weltklimas

Fotos: Schröder

ten schult ein Planspiel aber auch soziale und kommunikative Kompetenzen und fördert das strategische Denken. Untersuchungen belegen, dass Inhalte besser gelernt und behalten werden, wenn sie in dieser spielerischen Form

Dieser Gefahr begegnet Annabelle Wolff mit dem von ihr präsentierten Planspiel über Migration in Europa. Es ist ein typisches Rollenspiel mit Entscheidungsprozessen auf der europäischen Ebene. Beteiligt sind das

Europäische Parlament, der Ministerrat sowie die Kommission. Es geht um ihre Initiative, die legale Einwanderung nach Europa mit einer Richtlinie zu regulieren.

In mehreren Lesungen und einer Sitzung im Vermittlungsausschuss wird um Kompromisse gerungen, um die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer und der Parlamentarier der verschiedenen Parteien unter einen Hut zu bringen: Soll ein Punktesystem für qualifizierte Arbeitnehmer eingeführt werden? Wie sieht das gemeinsame Zugangsverfahren aus? Braucht es dafür eine neue europäische Superbehörde („Bürokratemonster“)? Entscheidungen und Fragen, die es auch in der Realität europäischer Politik gibt.

Konflikte ums Weltklima

Ein ganz anderes Planspiel stellte der Zürcher Spieleentwickler Markus Ulrich vor. Sein Brettspiel „trico₂lor“ mit Spielfiguren, Spielgeld und Ereigniskarten erinnert optisch ein wenig an Monopoly, geht aber ganz anders. Vier Generationen (Eltern, Kinder, Enkel und Urenkel) sind aufgefordert, mit energiepolitischen Entscheidungen das Weltklima zu retten. Es geht mit wenig Geld, indem man auf fossile Energien setzt (zunächst mit wenig Kapitaleinsatz). Oder auch teurer, indem man in erneuerbare Energien

investiert. In den Spielrunden entwickelt sich das Weltklima je nach Strategie besser oder schlechter.

LINKTIPPS:

<http://www.bpb.de/planspiele>
<http://www.ucs.ch>
<http://www.sagsaga.org>

Die Elterngeneration merkt anhand von computergestützten Grafiken, dass ihre Entscheidungen unmittelbaren Einfluss auf die Existenz und Lebensgrundlagen ihrer Nachkommen haben. Und fossile Energie wird mit der Zeit immer teurer. Mit der richtigen Strategie wird dagegen erneuerbare oder effizientere Energie billiger. Die Leihgebühr beträgt 100 € für eine Woche (incl. Versand).

Die Materialien sind zu beziehen über: dominik.moesching@myclimate.org. Der Rückversand geht zu Lasten des Entleiher.

Stau im Tunnel

Dass Planspiele nicht immer mehrere Stunden oder gar Tage brauchen, bewies der Erlanger Pädagogikprofessor Thomas Eberle. Das „Tunnelspiel“ benötigt zur Durchführung nur wenige Minuten: Die Teilnehmenden

einer Gruppe entscheiden sich unabhängig voneinander und gleichzeitig per Handzeichen und farbigen Karten, ob sie morgens vom Dorf in die Stadt mit der S-Bahn oder mit dem Auto fahren.

Bahnfahrer bekommen in jedem Fall 5 Punkte. Wenn sich mehr als die Hälfte der Gruppe für das Auto entscheidet, gibt es einen Stau: keine Punkte für die Autofahrer. Ohne Stau bekommen die Autofahrer 15 Punkte. Das Ganze wird in fünf Runden gespielt (fünf simulierte Arbeitstage) und danach die Punkte der Einzelnen addiert. Politische Diskussionen über Ökologie, Verkehrspolitik und individuelles Verhalten lassen sich nahtlos anschließen. Und das Tunnelspiel ist für Erweiterungen und Variationen offen (Pluspunkte für Fahrgemeinschaften, Minuspunkte für Bahnstreik, Glatteis etc.).

Detlef Dechant, bei der Bundeszentrale zuständig für Planspiele, stellte noch die Datenbank der bpb vor. In ihr können sich Interessierte geeignete Planspiele heraussuchen – sortiert nach Thema, Länge und Zielgruppe. Die Tutzinger Tagung machte wieder deutlich, wie vielfältig die Methode Planspiel ist, und wie schnell komplexe politische Prozesse anschaulich erfahrbar gemacht werden können. ■

Michael Schröder



Der Gemeinderat in Bündelsdorf berät über das neue Schwimmbad

Interdisziplinäres Team widmet sich der Pränataldiagnostik

Erneute Förderung des Tutzinger Diskurses

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt ab Mai 2015 die Fortsetzung des Tutzinger Diskurses. Über ein Jahr hinweg wird sich ein interdisziplinäres Team mit einer neuen Frage der modernen Lebenswissenschaften auseinandersetzen. Durch die Förderung in sechsstelliger Höhe wird zwei Jahre nach der Beendigung des Diskurses zur „Guten Wissenschaft“ eine zweite Runde des Tutzinger Diskurses eingeläutet.

Unter der Projektleitung von Michael Spieker sollen sich 12 Stipendiaten aus den Bereichen der Medizin, der Philosophie und der Sozialwissenschaften sowie aus Journalismus und Sozialer Arbeit den Auswirkungen der genetischen Pränataldiagnostik widmen. Pränataldiagnostik (PND) und Reproduktionsmedizin sind diejenigen Gebiete der Humangenetik, die im Alltag die breiteste Resonanz erzeugen. Das gilt auch im politischen Sinne, wie die breite Diskussion um die Erlaubnis der Präimplantationsdiagnostik (PID) gezeigt hat.

Ob als heranwachsender Mensch oder als Schwangere, nahezu jeder hat mittlerweile in praktischer und mehr oder weniger bewusster Form mit diesem diagnostischen Geschehen zu tun. Dies unterscheidet das Feld der PND von allen anderen Gebieten, auf denen Erkenntnisse und Entwicklungen der Lebenswissenschaften wirksam werden beziehungsweise werden sollen. Zwar kommt genetische PND derzeit lediglich bei einer geringen Zahl der Schwangerschaften zum Einsatz, den Diskurs über Schwangerschaft bestimmt sie aber auch bei denen, die sie nicht in Anspruch nehmen. Seitdem die PND – nicht zuletzt durch die weitgehende Aufnahme in

den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung – mehr und mehr zu einem Screeningprogramm der Gesamtbevölkerung wird, gibt es die Besorgnis, dass dadurch die Einstellung zu Schwangerschaft, Leben und insbesondere Behinderung nachteilig beeinflusst wird.

Im Zuge der Zulassung des sogenannten Praenatests, eines Bluttests zur Früherkennung von Trisomie 21, wurde die Diskussion um die Bedeutung der PND auch in der breiteren Medienöffentlichkeit geführt. Hier wird bald ein weiteres Spektrum von Diagnosen möglich sein, zu denen der Zugang durch die Ungefährlichkeit für die Mutter, die frühe Einsetzbarkeit sowie durch sinkende Preise immer niedrigschwelliger sein wird. Mit seiner Stellungnahme zur „Zukunft der genetischen Diagnostik“, die nicht auf das Feld der PND beschränkt ist, hat auch der Deutsche Ethikrat die ethischen Herausforderungen verortet: „für das Krankheits- und Gesundheitsverständnis, für die Ausübung von Selbstbestimmung und Verantwortung sowie für gesellschaftliche Entwicklungen, die ins-

besondere Gerechtigkeit und Solidarität betreffen“. Gefordert wird daher unter anderem eine „sozialempirische und ethische Begleitforschung“. In Bezug auf Menschen mit Behinderungen ist die PND von Bedeutung, weil ihr auch eine negative Selektionsfunktion zukommt. Die Diagnose einer Behinderung führt regelmäßig zum Abbruch von Schwangerschaften beziehungsweise im Falle einer PID zur Nicht-Implantation. Betroffene aus den Organisationen der Behindertenselfhilfe sprechen daher davon, dass es sich insbesondere bei der genetischen PND um „schädliche Praktiken“ im Sinne der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) handle.

Der Diskurs zwischen Journalisten, Sozialwissenschaftlern, Ethikern, Medizinern und Praktikern aus der Sozialen Arbeit soll die gegenwärtigen und die zukünftig erwartbaren gesellschaftlichen Auswirkungen genetischer Diagnostik thematisieren. Dabei sollen im Lichte der UN-BRK besonders die Praxis der PND, die Situation von Menschen mit Behinderung sowie die Folgen für das Selbstverständnis der liberalen Demokratie berücksichtigt werden. Schließlich sollen Empfehlungen zum Umgang mit und zur Beratung vor und bei der PND geben werden. ■

Michael Spieker

Eine Nackentransparenzmessung gehört in Deutschland nicht zu den üblichen Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft. Bei einer auffallenden Vergrößerung der Nackentransparenz gilt die Wahrscheinlichkeit verschiedener Fehlbildungen als erhöht

Foto: wikimedia commons / Moroder



O-Töne aus den Schützengräben

Lesung von Feldpostbriefen aus dem Ersten Weltkrieg
im Rahmen der Tutzinger Kulturnacht

Der Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren war Anlass für eine Lesung mit Feldpostbriefen im Rahmen der Tutzinger Kulturnacht. Vorgetragen wurden sie vom Schauspieler Daniel Gawłowski von der Otto-Falckenberg-Schule in München. Michael Mayer, Zeithistoriker an der Akademie, ordnete sie ein und kommentierte die Briefe. Es ging darum, ein möglichst breites Bild vom Ersten Weltkrieg zu zeichnen und Briefe zu lesen, aus denen wir auch heute noch über den Krieg lernen können. Doch sollte nicht vergessen werden, dass sich der größte Teil der Schreiben nicht unbedingt mit dem Töten befasste. Vielmehr handelten die meisten Briefe von der Sehnsucht der Menschen nacheinander, von der Angst um den Anderen, aber auch von den alltäglichen Sorgen daheim, etwa bei der Frage nach dem Stand der Ernte.

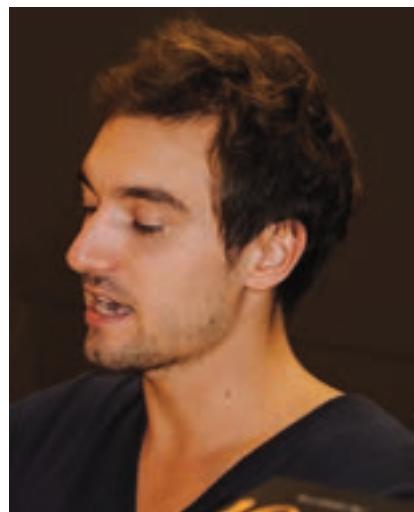
Die Feldpostbriefe dienen uns heute dazu, die Menschen, ihr Leiden und die Schrecken des Krieges wieder aufleben zu lassen. Zugleich sind die authentischen Stimmen aus den Schützengräben das beste Mittel, um die Bilder zu hinterfragen, die wir in unseren Köpfen tragen. Denn diese Bilder wurden oftmals in propagandistischer Absicht gemacht. Hingegen erlauben uns die O-Töne aus den Schützengräben, das Grauen des Krieges authentischer zu erfahren – wenn man sie mit der gebotenen Sorgfalt betrachtet.

Legendenbildung

Nach 1918 kursierten ganz andere Geschichten von Heldentum oder Opfermut an der Front. Wie die soge-

nannte Dolchstoßlegende, wonach die deutschen Armeen im Felde unbesiegt gewesen seien und nur durch oppositionelle „vaterlandslose“ Zivilisten aus der Heimat einen „Dolchstoß von hinten“ erhalten hätten.

Carl Zuckmayer, der als Leutnant im Ersten Weltkrieg diente, schrieb hierzu später: „Ich erfuhr damals, in der kurzen Ruhe nach den schlimmsten Wochen der Somme-Schlacht, wie rasch der Mensch vergisst. Unter den Leuten, die davongekommen waren, herrschte bereits eine gewisse Kriegervereinsstimmung, obwohl sie übermorgen im selben Dreck liegen würden. Sie wussten schon nicht mehr, dass es Dreck war. Es war eine tolle Sache. Mensch, was haben wir mitge-



Schauspieler Daniel Gawłowski bei seiner Lesung mit Feldpostbriefen aus dem Ersten Weltkrieg Foto: Haas



Trotz Zensur lassen Feldpostbriefe etwas von der Grausamkeit des Krieges erkennen – hier britische Soldaten mit Gasmasken bei der Schlacht an der Somme 1916 Foto: wikipedia commons/Brooke/Q 3995 Imperial War Museum

macht! Kein Wort stimmte, mit dem sie das Mitgemachte besprachen oder erzählten.“ Dieser von Zuckmayer beschriebenen Legendenbildung wirken die Originalstimmen aus den Feldpostbriefen entgegen.

Die Feldpost nahm bisher ungekannte Ausmaße an. Pro Tag wurden durchschnittlich 6,8 Millionen Kriegsbriefe von der Front in die Heimat und beinahe 10 Millionen Schreiben der Daheimgebliebenen an die Soldaten versandt. Insgesamt wurden im Verlauf des Krieges 28,7 Milliarden Feldpostbriefe expediert. Briefe und Karten der Soldaten konnten mit der

Feldpost portofrei verschickt werden. Etwas mehr als 8.000 Soldaten waren im Kriegsgebiet, im Kriegspresseamt und an den Prüfstellen damit beschäftigt, die vielen Päckchen, Karten, Briefe und Telegramme an den richtigen Mann zu bringen.

Zensur bestimmt Inhalte

Sehr rasch wurde eine Zensur eingeführt, um zu verhindern, dass Soldaten Informationen an die Heimat berichteten, die der Geheimhaltung unterlagen oder Rückschlüsse auf ihre Stellungen an der Front gaben. Offiziere hingegen konnten ihre Feldpostbriefe unkontrolliert versenden. Im April 1916 erging dann vom Chef des Generalstabes eine verbindliche Regelung über die Postüberwachung bzw. die Verhängung von Postsperren. Aufgrund der Menge der Sendungen war dies jedoch bis Kriegsende nur stichprobenartig möglich.

Dies bedeutet aber, dass wir uns, wenn wir heute Feldpostbriefe lesen, darüber im Klaren sein müssen, dass der Schreiber aus Sorge vor der Zensur bestimmte Dinge nicht berichtete. Zudem sollten wir wissen, dass der Soldat seine Angehörigen daheim nicht unbedingt mit bestimmten Sorgen, mit erschreckenden Erfahrungen oder dem alltäglichen Terror des Krieges behelligen wollte. Der Soldat zensierte sich also bereits aus unterschiedlichsten Motiven selbst. Zugleich entstand angesichts der Schrecken auch eine gewisse Sprachlosigkeit.

In einem Feldpostbrief vom 31. Dezember 1915 hieß es zu den Schützengräben: „Die Gräben sind stellenweise eingestürzt, und es befindet sich so viel Wasser und Schlamm darin,

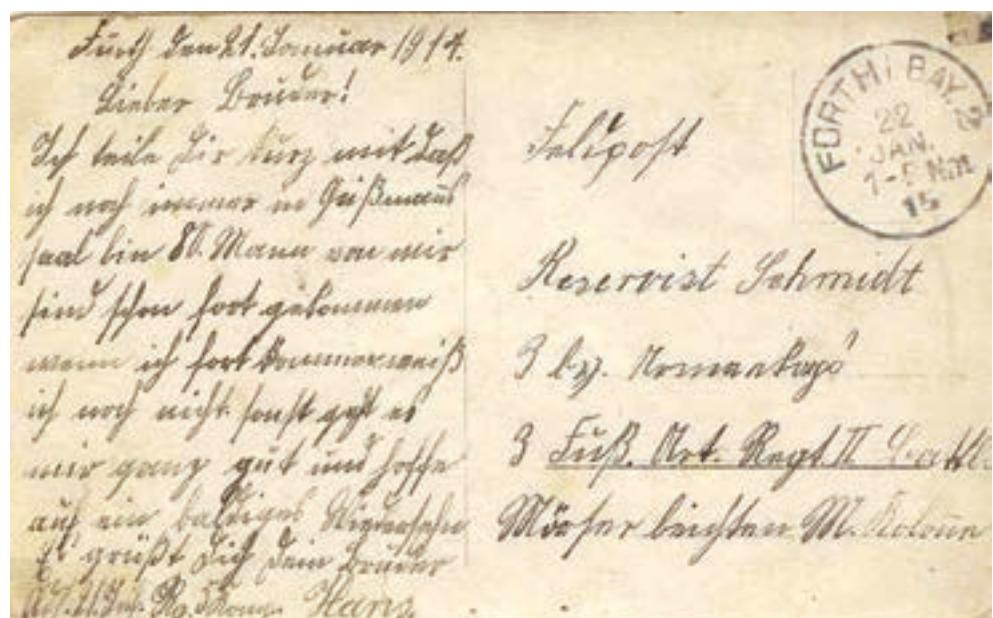
dass der Zustand kaum zu beschreiben ist. Trotzdem das Wasser fortwährend herausgeschöpft wird, erreicht es immer noch an manchen Stellen eine Höhe von 50 bis 75 Zentimetern. Da wir nun diese Stellen auch nicht umgehen können, so sind wir fast immer bis an das Knie, ja manchmal sogar bis an die Hüften vollständig nass.“

Gleiches Leid für alle

Der Krieg nahm zugleich immer brutalere Ausmaße an. Der Elsässer Bauer Dominik Richert, der für die deutsche Armee eingezogen war, schrieb im Winter 1914 über seine Erfahrungen

es fast bezweifeln, denn im Feuer sah ich nichts als Angst, Bangen und Verzweiflung in jedem Gesicht geschrieben. Von Mut, Tapferkeit und dergleichen überhaupt nichts, denn in Wirklichkeit ist's doch nur die furchtbare Disziplin, der Zwang, der den Soldaten vorwärts und in den Tod treibt.“

Dabei war das Leiden für alle gleich. Als Beispiel sei nur der Feldpostbrief des 25 Jahre alten Franzosen Etienne Tanty vom 28. Januar 1915 an seine Familie genannt. Er berichtet, dass in seiner Einheit beim Rapport Briefe von gefangenen Deutschen vorgelesen wurden. Damit wollte die militärische



Deutsche Feldpost aus dem Ersten Weltkrieg vom Januar 1915 (verschriebenes Datum)

Foto: wikipedia commons/Andreas Thum

direkt nach einer erbitterten Schlacht: „Die Toten waren zum Teil entsetzlich anzusehen, teils lagen sie auf dem Gesicht, teils auf dem Rücken. Blut, verkrallte Hände, verglaste Augen, verzerrte Gesichter. Viele hielten die Gewehre krampfhaft in der Hand, andere hatten die Hände voll Erde oder Gras, das sie im Todeskampf ausgerissen hatten. Ein deutscher und ein französischer Soldat lagen da halb kniend gegeneinander. Jeder hatte den anderen mit dem Bajonett durchbohrt und war so zusammengesunken. Mut, Heldentum, ob es das wohl gibt? Ich will

Führung den französischen Soldaten verdeutlichen, wie schlecht es um die Stimmung beim Kriegsgegner stand, um so den Kampfeswillen der eigenen Truppen anzustacheln.

Tanty war aber sehr überrascht, denn „sie schreiben dasselbe wie wir: das Unglück, die vergebliche Hoffnung auf Frieden, die ungeheuere Dummheit all dieser Dinge. Diese unglücklichen Boches sind wie wir! Sie sind wie wir und das Unglück ist für alle gleich...“

Michael Mayer

„Eine Demokratie ist kein Schlaraffenland“

Vor 30 Jahren starb unser Gründungskurator Eric Voegelin

Wir leben in einem freien, demokratischen Gemeinwesen, und wir wollen, dass es frei und demokratisch bleibe. Aber Freiheit und Demokratie sind nichts, was durch die Einrichtung einer Verfassung ein für alle Mal garantiert werden könnte. Wir haben eine demokratische Verfassung gehabt. Aber sie wurde in ihrem Funktionieren durch die Blockmajorität von rechts und links gelähmt; und sie wurde durch Gewalt, die nicht den Widerstand organisierter Gegengewalt hervorrief, hinweggefegt. Gewiss haben nicht alle, die zu der Katastrophe ihr redliches Teil an Enthusiasmus und Bemühen beigetragen haben, die Folgen gewollt. Nur zu oft haben wir sie stammeln gehört: „So haben wir es nicht gemeint“ – in der Erwartung, dass man sie für den Gedanken nach der Tat auf die Schulter klopfen würde. Aber dem Bürger einer Demokratie ist der Gedanke nach der Tat nicht erlaubt – er muss vorher denken, und er muss wissen, was er tut.“

Das klingt hart – und so ist es auch gemeint: „Eine Demokratie ist kein Schlaraffenland, in dem der friedliche Bürger seinen Geschäften nachgehen und sich des Wirtschaftswunders erfreuen kann, sondern ein Zustand der täglichen, wohlgeübten und zur Gewohnheit gewordenen Wachsamkeit und Disziplin in den Grundfragen des politischen Lebens. Demokratie ist nur möglich, wo es Bürgertugend gibt. Und die erste der Tugenden, ohne die allen anderen die Ordnung des Handelns fehlt, ist das sichere Wissen um die Grundsätze des Zusammenlebens freier Menschen in einer freien Gesellschaft.“

Diese mahnenden Worte stehen am Anfang von Eric Voegelins Festvortrag zur feierlichen Eröffnung der Akademie für Politische Bildung am 21. Februar 1959. Sie sind heute aktueller

denn je – in Zeiten von Political Correctness, informationeller Totalüberwachung, islamistischem Terror und massenhaften (Anti-)Pegida-Protesten in zahlreichen deutschen Städten. Auf die konsequente Frage, wo denn diese elementaren (ethischen und politischen) Grundsätze zu finden seien, führt Voegelin an gleicher Stelle aus: „Die Schlagworte des politischen Lebens, zu denen auch ‚Demokratie‘ und ‚Freiheit‘ gehören, geben sie uns nicht. Ausdrücke, die so sehr Kli-

tigen Zeit- und Opportunitätszwängen und den stets hungrigen Augen und Ohren der Medien jene „großen Fragen politischer Freiheit und politischer Ordnung“ im Angesicht aktueller Entwicklungen beständig neu zu stellen und zu reflektieren. Es ist an ihr, die Bürger zum selbständigen rationalen politischen Urteil zu befähigen und zum aktiven Eintreten für die Demokratie und ihre Grundlagen zu gewinnen – eben „Bürgertugend“ und „Gemeinsinn“ zu vermitteln.



Eric Voegelin (1901 - 1985)

Foto: APB-Archiv

schees geworden sind, dass ein Sowjetpolitiker sie ebenso gebrauchen kann wie ein Demokrat, bedürfen genauerer Besinnung auf ihre Bedeutung, damit nicht in eben ihrem Namen Freiheit und Demokratie zerstört werden.“

Vielmehr geht es darum, so Voegelin weiter, „durch die Inkrustationen des Propagandamissbrauchs wieder zum Wesen der Sache“ durchzudringen. Damit gibt er der Akademie Mittel, Weg und Ziel für ihre konkrete politische Bildungsarbeit vor. Es ist an ihr, jenseits hektischer politischer Tagesbetriebsamkeit, übermäch-

Voegelin selbst hat die Akademie von Beginn an in vielfältiger Weise unterstützt: Als Vorstandsmitglied des 1957 konstituierten Gründungskuratoriums hatte er maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung der im September 1958 offiziell verabschiedeten grundlegenden „Richtlinien für die Arbeit der Akademie“. Nach seiner Berufung auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften an der Universität München im Jahre 1958 bereicherte er nachhaltig die Veranstaltungen: Besondere Aufmerksamkeit erzielte sein Vortrag unter dem Titel „Was ist ‚Politischer Stil‘?“ im Rahmen der gleichnamigen Tagung vom Januar 1962. Seine Auftritte zählen zweifellos zu den frühen Sternstunden des Tutzinger Akademiebetriebs.

Nach seiner Emeritierung im März 1969 war Voegelin in die USA zurückgekehrt, wohin er 1938 emigriert war. Am 19. Januar 1985 starb Eric Voegelin im Alter von 84 Jahren in Stanford / Palo Alto.

Für die Akademie und ihre Arbeit zählt er zu den wichtigsten Persönlichkeiten – über den unmittelbaren Gründungszeitraum und die frühe Etablierungsphase hinaus. In seinem Geiste stellen wir seither (auch) die „großen Fragen“ und mühen uns nach Kräften, jeweils das „Wesen der Sache“ zu ergründen und dazu vorzudringen.

■ Steffen H. Elsner

Thomas Mrazek im *BJV-REPORT 5/2014* über die Tagung „Medien im Krieg“:

Der Krieg hat uns

Tutzinger Tagung zeigt die Probleme der Kriegsberichterstattung aus vielerlei Perspektiven

19 Artikel, in denen das Wort Krieg vorkommt, zählte Ende September der Bamberger Kommunikationswissenschaftler Markus Behmer in einer Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung*. Behmer hatte – als Vertreter des *Münchner Arbeitskreises öffentlicher Rundfunk* gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing – eine Tagung zum Thema „Krieg in Medien – Medien im Krieg“ ebendort organisiert.

Achtmal in den vergangenen zehn Jahren habe man sich Medien in dieser Situation gewidmet, sagte Michael Schröder. Der Medienexperte der Tutzinger Akademie zeichnete in wenigen Worten ein Lagebild: Viele Konflikte seien in der Zwischenzeit hinzugekommen, der Journalismus habe sich rasant beschleunigt, die Monopolstellung der Medien sei weiter aufgeweicht, es werde schwieriger, in der digitalen Welt annähernd die Wirklichkeit abzubilden, das Fehlerrisiko steige. Immer wieder stelle sich die Frage, welche Bilder man zeige, wieviel Krieg und Elend dem Publikum zuzumuten sei. Viele Fragen, Bedenken und Unsicherheiten. Diesen Eindruck bestätigten auch die Vortragenden bei dieser zweitägigen Veranstaltung.

Drohnen-Journalismus ohne Empathie

SWR-Rundfunkreporter Martin Durm war aus dem Nordirak angereist. „Ich kann mich gar nicht satt sehen daran“, sagte er über seine Fahrt durch das idyllische spätsommerliche Oberbay-

ern nach Tutzing. „Mir hängt vieles nach“, äußerte er, der in 30 Berufsjahren schon viel vor allem von der arabischen Welt gesehen hat. Zuletzt berichtete Durm aus Erbil, der Hauptstadt des autonomen Kurdengebiets, dort seien 150.000 Flüchtlinge unterwegs.

Durm beschrieb seine Verunsicherung bei seinen Recherchen: „Wir sind so verdammt unwissend in solchen Kriegssituationen.“ Er berichte eher aus der zweiten Reihe. Denn Vor-Ort-Recherchen seien hochrisikant. Durch die oftmals „nur noch virtuelle Wahrnehmung von Kriegen“ ginge die Glaubwürdigkeit zunehmend verloren. Es fände über das Netz häufig „eine Art Drohnen-Journalismus“ statt, dem die Empathie fehle. Empathie versucht er auf seine Weise zu vermitteln: „Man kann sich darauf einlassen, was ein Krieg mit den Menschen anrichtet.“ Diesen ständigen Kampf ums Überleben und Normalität zu beschreiben, dafür lohne sich die Berichterstattung immer wieder. „Die Menschen haben ein ungeheuer großes Bedürfnis zu reden“, erklärte Durm, dafür sei das Radio das ideale Medium.

Von Hamburg aus arbeitet das 2011 eingerichtete Content Center von ARD aktuell. Auch hier tragen die Kollegen eine große Verantwortung. Der Leiter des Content Centers, Michael Wegener, zeigte als Negativbeispiel ein Youtube-Video eines Netz anonymus. Das Video trägt den Titel: „Die ARD- und ZDF-Lügner: Das selbe Video – verschiedene Berichte“. So etwas gelte es zu verhindern. Seine

Abteilung sei dafür zuständig, vor allem Fotos und Videos aus dem Netz zu recherchieren, zu verifizieren und mit entsprechenden Metadaten zu versehen. Außerdem pflege man den Austausch mit der Community. „Nur wenn man dort selbst aktiv ist, kann man dort auch recherchieren“, erläuterte Wegener. Er zeigte, wie aufwändig die Verifikation von Informationen und Materialien aus dem Internet erfolgt. Trotz akribischer Recherchen und eingespielter Verifizierungsprozesse mit hohem Zeitaufwand seien immer noch Fehler möglich, räumte Wegener ein.

Nadine Bilke, stellvertretende Leiterin der Hauptredaktion Neue Medien des ZDF, stellte ihr Konzept eines „konflikt sensitiven Journalismus“ vor, der von Journalisten bei der Berichterstattung über Konflikte mehr Selbstreflektion und Empathie einfordert (mehr dazu unter www.friedensjournalismus.de)...

Beeindruckend auf die Teilnehmer wirkte der Vortrag des Bamberger Journalisten und Fotografen Till Mayer: „Abseits der Schlachtfelder – Fotos von vergessener Not und vergessenen Konflikten“. Mayer, der beim *Obermain-Tagblatt* in Lichtenfels als Redakteur arbeitet, reist bereits seit knapp 20 Jahren in Kriegs- und Krisenländer. „Die Würde des Menschen zu bewahren ist das wichtigste“, mahnte Mayer. Ein Blick auf seine Homepage lohnt sich: www.tillmayer.de...

(siehe Akademie-Report 4/14, S. 13)



Thomas Schölderle (Hrsg.)
Idealstaat oder Gedankenexperiment?
Zum Staatsverständnis in den klassischen Utopien
Nomos-Verlag, Baden-Baden 2014, 322 S., brosch.,
52,00 € (Staatsverständnisse, Bd. 67)
ISBN 978-3-8487-0312-8

In Zentrum der Reihe *Staatsverständnisse* steht die Frage: Was lässt sich den Ideen früherer und heutiger Staatsdenker für ein zeitgemäßes Verständnis des Staates entnehmen? Das Thema Idealstaat ist seit Platon und Thomas Morus untrennbar mit der Geschichte der Utopie verknüpft. Auch die frühe Utopieforschung interpretierte Utopien als Idealstaatsmodelle in literarischer Kostümierung und gab ihnen den Namen „Staatsromane“.

Aber ist das Urteil zutreffend? Sind die Entwürfe überhaupt ernst gemeint? Welche Gesellschaftsfiktionen hat die Utopiegeschichte hervorgebracht? Welche Wandlungen und Lernprozesse hat sie durchlebt?

Die versammelten Beiträge zeigen einerseits den Pluralismus der utopischen Verfassungs- und Gesellschaftsmodelle – von autoritär bis anarchistisch, von republikanisch bis monarchisch, von statisch bis dynamisch. Andererseits dokumentieren sie die Breite der utopischen Intention, die neben ideal gemeinten Vorbildern auch viele spielerische, philosophische, satirische und dystopische Versionen kennt. So zeigt sich: Im Mittelpunkt der Entwürfe steht oftmals nicht das Musterbild der beschriebenen Einrichtungen und Sitten, sondern die Kritik an den realhistorischen Verhältnissen und die gedankenexperimentelle Erkundung sozialer und politischer Prinzipien.

Mit Beiträgen von Wolfgang Biesterfeld, Herbert Jaumann, Peter Kuon, Thomas Möbius, Martin Müller, Heidi Nenoff, Richard Saage, Stefano Saracino, Thomas Schölderle, Eva-Maria Seng, Peter Seyferth, Michael Spieker, Ludwig Stockinger und Ulrich Weiß.

Ursula Münch / Eike-Christian Hornig / Uwe Kranenpohl (Hrsg.)
Direkte Demokratie
Analysen im internationalen Vergleich
Nomos-Verlag, Baden-Baden 2014, 279 S.,
brosch., 54,00 €, ISBN 978-3-8329-7916-4

All Macht den Bürgern? Die Diskussion um mehr politische Beteiligungsrechte wird in Fachwelt und Öffentlichkeit intensiv geführt. Doch neben die großen Hoffnungen, die mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie verknüpft sind, treten auch warnende Stimmen, die auf ernüchternde Erfahrungen verweisen. Der Band präsentiert internationale Forschungsergebnisse über die Funktionsweise direkter Demokratie und liefert dabei umfassende empirische Antworten zu den Vor- und Nachteilen direkt-demokratischer Verfahren auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.



Rezensionen Neuerscheinungen Publikationen



Manuel Knoll / Michael Spieker (Hrsg.),
Michael Walzer (Vorwort)
Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit
Ein kooperativer Kommentar
Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014, 271 S., 49,00 €
ISBN 978-3-515-10916-1

Was bedeutet soziale und politische Gerechtigkeit? Wie können der Sozialstaat und die dazu nötigen Umverteilungen von Einkommen und Vermögen gerechtfertigt werden? Über diese Fragen wurde in den letzten Jahrzehnten ausgiebig geforscht und diskutiert. Die vielleicht bemerkenswertesten Antworten präsentierte der amerikanische Philosoph Michael Walzer in seinem 1983 erschienenen Werk *Spheres of Justice*.

Die fünfzehn Beiträge des Bandes kommentieren die verschiedenen Maßstäbe einer gerechten Verteilung, die Walzer für Güter bzw. Sphären wie Staatsbürgerschaft, Wohlfahrt und Sicherheit, Geld, Ämter, Arbeit, Freizeit, Bildung, Anerkennung und politische Macht vorschlägt.

Der Band enthält zudem eine ausführliche Einführung der Herausgeber in Sphären der Gerechtigkeit und ein Vorwort von Michael Walzer, in dem er seine Idee einer „komplexen Gleichheit“ und seine zentrale Fragestellung erklärt: Wie lässt sich eine gerechte Gesellschaft von Gleichen schaffen, wenn sich ungleiche Verteilungen letztlich nicht vermeiden lassen? Der Band ist unerlässliche Lektüre für alle Philosophen, Politikwissenschaftler und Soziologen, die sich für Walzers Gerechtigkeitstheorie interessieren.

Johannes Hürter / Michael Mayer (Hrsg.)
Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur
Schriftenreihe der Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte Bd. 109, 250 S., brosch., 24,95 €
ISBN 978-3-486-78139-7



Die Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ (2010) hat nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Fachwissenschaft eine lebhafte Debatte über die Rolle des Auswärtigen Amtes in der NS-Diktatur hervorgerufen.

Der vorliegende Sammelband bezieht sich auf diese Diskussion, soll sie jedoch nicht erneut führen, sondern vor allem eine Bestandsaufnahme der Forschung nach der Debatte sein. Was wissen wir wirklich über das Auswärtige Amt im Nationalsozialismus, wo liegen die Desiderate, was ist gerade in Arbeit, was unbestritten, was umstritten? Ganz ohne Rückblick auf die Debatte über „Das Amt“ kann aber auch dieser Band nicht auskommen. Mal implizit, mal explizit wird in ihm der Frage nachgegangen, wie sich dieser Streit zwischen Historikern in die Entwicklung der Forschung und der Geschichtsbilder einordnen lässt.

Über Fundamente und Reformdiskurse des Sozialstaates Solidarisch, frei, „rheinisch-kapitalistisch“

Stefan Fuchs in:

Die politische Meinung Nr. 524, Januar/Februar 2014,
59. Jahrgang, S. 120–123.

Die Legitimität des Sozialstaates zu bekräftigen, ist das Ziel eines Bandes über den „Sozialstaat – Fundamente und Reformdiskurse“, der aus einer Tagungsreihe der Akademie für Politische Bildung Tutzing entstanden ist. Die Beiträge spannen einen weiten Bogen von den normativen Begründungen des Sozialstaates über Politikfeldanalysen (zu Renten, Grundsicherung und Familienförderung) bis hin zu grundsätzlichen Stellungnahmen zum Sozialstaat in Deutschland. Die Autoren eint das Bekenntnis zu einem entwickelten Sozialstaat, der für sie ein notwendiger Bestandteil einer modernen Demokratie ist. Zu den demokratischen Kernaufgaben gehören es nicht nur, die liberalen Grundrechte der Bürger zu gewährleisten, sondern darüber hinaus „soziale Rechte“ anzuerkennen und umzusetzen, wie Frank Nullmeier („Normativer Vorrang der Demokratie vor dem Sozialstaat?“) formuliert.

Michael Spieker (Hrsg.):

Der Sozialstaat

Fundamente und Reformdiskurse. Nomos Verlagsge-
sellschaft, Baden-Baden 2012,
305 S., 49,00 €

Entschieden verteidigen die Autoren den Sozialstaat gegen den von einigen Libertären erhobenen Vorwurf, dass der Sozialstaat die Freiheit der Bürger im Namen der sozialen Sicherheit beschneide und ihren Leistungswillen schwäche. Weit davon entfernt, leistungfeindlich zu sein, fördere der „Rheinische Kapitalismus“, so konstatiert Markus Vogt, mit seinen solidarischen Hilfen in Notlagen „die Fähigkeit und Bereitschaft zu individueller Leistung und Verantwortungsübernahme“. Beispielhaft für die Produktivitäts- und Leistungsvorteile solidarischer Sicherungssysteme sei der Einsatz des Kurzarbeitergeldes 2008/2009: Dieser habe es der deutschen Wirtschaft ermöglicht, die Finanzkrise ohne Massenentlassungen zu überstehen, und so maßgeblich zum sogenannten deutschen „Beschäftigungswunder“ beigetragen. Bekanntlich wird Deutschland im Ausland wegen



seines Beschäftigungserfolges beneidet; als vorbildlich gilt insbesondere die niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Merkwürdigerweise spielt dieser Erfolg des „Modells Deutschland“ in dem Sammelband keinerlei Rolle; international vergleichende Analysen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik fehlen leider in dieser Publikation.

Meinungsmache gegen Fakten

Statt mit empirisch messbaren Entwicklungen befassen sich die meisten Autoren stärker mit „Diskursen“, in denen sie den Schlüssel zum Verständnis der jüngeren Sozialstaatsreformen zu erkennen meinen. Am schärfsten formuliert diese Sicht Albrecht Müller, für den „die politische Wende bis hin zur Agenda 2010 vor allem mit einer Hegemonie über die Meinungsbildung bewirkt worden ist und nicht durch objektive Standortschwierigkeiten, die angeblich neue Globalisierung und die angeblich schwierige demografische Entwicklung.“

Der Grund für die Sozialstaatsreformen seien nicht objektive Gegebenheiten, sondern eine von „Interessen gesteuerte Meinungsmache“ gegen den Sozialstaat. Seit der „Tendenzwende“ in den 1970er-Jahren hätten CDU/CSU und Wirtschaftslobbyisten systematisch den Sozialstaat diskreditiert, um eine „Privatisierung gesellschaftlichen Reichtums“ durchzusetzen. Zu diesem Zweck werde im Staatssektor „auf allen Ebenen gespart“. Belege dafür liefert Müller nicht. Tatsächlich sind die jährlichen Sozialausgaben pro Kopf trotz der Agenda-Reformen seit 2003 von knapp unter 8.000 Euro auf über 10.000 Euro (2009) gestiegen.

In anderen Ländern, die solche Sozialreformen nicht durchführten, sind diese Ausgaben noch stärker gestiegen: in Frankreich zum Beispiel von 8.200 Euro (2003) auf nahezu 11.000 Euro pro Kopf. Mit seinem immensen Staatssektor (fast 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) müsste Frankreichs Wirtschaft aus Müllers Perspektive eigentlich blühen, tatsächlich leidet sie aber unter Stagnation und Arbeitslosigkeit. Die bessere Beschäftigungslage in Deutschland hat nun unstrittig mit größerer Wettbewerbsfähigkeit und diese mit einem geringeren

Anstieg der Lohnkosten zu tun. Neben der moderaten Tarifpolitik spielen dafür die Rentenreformen eine Schlüsselrolle: Während in Frankreich und Südeuropa die Rentenausgaben von 2000 bis 2010 stark anstiegen, blieben sie in Deutschland konstant. Möglich war diese Konsolidierung bei einer wachsenden Zahl von Rentenbeziehern nur durch schmerzhafte Einschnitte in das Rentenniveau. Den Rentenreformen gilt nun Müllers besonderer Zorn. Er bestreitet rundweg, dass die Alterung der Gesellschaft zu Einschränkungen im Interesse der Jüngeren zwingt. Die Problematik des demografischen Wandels ist für ihn ein Propagandakonstrukt, das die Finanzindustrie nutze, um mit der privaten Altersvorsorge ein „Riesengeschäft“ zu machen.

Mehr Diskurs, weniger Empirie

Dagegen belegt Stefanie Wahl in ihrem Beitrag nüchtern die Kosten der alternden Gesellschaft für die soziale Sicherung, die besonders in der Krankenversicherung weitere Reformen erfordere. Ihr Plädoyer für die kapitalgedeckte Altersvorsorge vermag allerdings in Zeiten negativer Realzinsen – Kritiker der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sprechen von einer „schleichenden Enteignung der Sparer“ – nicht mehr zu überzeugen.

Generell beleuchten die Autoren die Folgen der Finanz- und Geldpolitik für die soziale Sicherung zu wenig. Sofern die Finanzkrise überhaupt eine Rolle spielt, führen die Autoren die Auswüchse des Finanzkapitalismus auf einen ideologisch motivierten „Neoliberalismus“ zurück. Dass die Deregulierung der Finanzmärkte auch dem Interesse der Staaten und dabei nicht zuletzt dem Ziel folgte, zur Finanzierung von Sozialausgaben mehr Schulden machen zu können, bleibt ausgeblendet. Insgesamt leidet der Band in seinen politischen Analysen unter der verbreiteten Neigung, sich mehr mit Diskursen als mit der Empirie zu befassen.

Gute Gründe für staatliche Wohlfahrt

Die Stärke des Bandes liegt in den normativen Begründungen des Sozialstaates. Michael Spieker zeichnet die Anfänge sozialstaatlichen Denkens in der deutschen Aufklärung nach: Im Gegensatz zu gängigen Urteilen über das „polizeistaatliche“ Denken des konservativen Rechtsphilosophen Christian Wolff sieht er in dessen Auffassungen keine Entmündigung der Untertanen, sondern Ansätze einer subsidiären, freiheitlichen Wohlfahrtsstaatskonzeption. Mit Bezug auf Immanuel Kant weist er nach, dass die Ablehnung der Eudämonie als Legitimation des Staats keine generelle Absage an

Sozialstaatlichkeit bedeutet. So befürwortete Kant eine steuerfinanzierte Armenfürsorge und wies in seiner Friedensschrift „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“ (1795) der Politik auch die Sorge für das Glück der Bürger zu. An die Kantische Gesellschaftsvertragslehre knüpfte im 20. Jahrhundert John Rawls in seiner Theorie der Gerechtigkeit an. Gegen libertäre Interpretationen von Rawls zeigt Manuel Knoll, dass seine Theorie wohlfahrtsstaatliche Interventionen zu begründen vermag. Entgegen Rawls' eigener Überzeugung könnte aber selbst seine Konzeption in pluralistischen Gesellschaften keinen Konsens herstellen, die Gegensätze in den Gerechtigkeitsvorstellungen ließen sich nicht aufheben.

Zauberformel „Inklusion“

Dessen ungeachtet meinen manche, mit der Zauberformel „Inklusion“ das für alle passende Leitbild der Sozialpolitik gefunden zu haben. Inga Fuchs-Goldschmidt („Moral, Gerechtigkeit, Inklusion“) sieht in der Inklusion „die unabdingbare Bedingung der Möglichkeit für ein sinnvolles Leben“. Was bedeutet nun aber „Inklusion“, die den Einzelnen angeblich erst zu „einem vollwertigen Mitglied der Gesellschaft“ macht? Erfordert die Inklusion zum Beispiel immer Erwerbstätigkeit? Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Ist das Betreuungsgeld ein „Fehlanreiz“, weil es Mütter davon abhält, ihre Kinder in Krippenbetreuung zu geben und sich selbst in den Arbeitsmarkt zu „integrieren“? Es wäre sicher falsch, den Fürsprechern der „Inklusion“ das bewusste Streben nach einem paternalistischen Betreuungsstaat zu unterstellen. Nicht zu übersehen ist aber, dass „Inklusion“ als Deckmantel für eine „One-Size-fits-all-Politik“ dienen kann, die – von der Kindererziehung bis zur Gesundheitsvorsorge – die Pluralität der Präferenzen und Lebensentwürfe in der modernen Gesellschaft negiert und die Menschen bevorzugt.

Nach einer anregenden Lektüre über „Fundamente und Reformdiskurse“ des Sozialstaates bleibt es daher dem Leser überlassen, weiter darüber nachzudenken, wie die von Autoren wie Markus Vogt geforderte „solidarische Leistungsgesellschaft“ politisch geordnet werden könnte. ■

STEFAN FUCHS

Geboren 1981 in Bonn, Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, seit März 2010 Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Demographie.

JAHRESBIBLIOGRAFIEN 2014

PROF. DR. URSULA MÜNCH

Herausgeberschaften:

Direkte Demokratie. Analysen im internationalen Vergleich (zus. mit Eike-Christian Hornig / Uwe Kranenpohl), Baden-Baden (Nomos) 2014 (Tutzinger Studien zur Politik hrsg. von der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Band 7)

Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel (zus. mit Uwe Kranenpohl / Henrik Gast), Baden-Baden (Nomos) 2014 (Tutzinger Studien zur Politik hrsg. von der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Band 6)

Aufsätze:

Dialog und kritische Aneignung. Die Leistung der politischen Bildung für die politische Praxis, in: Außerschulische Bildung (4/2014), S. 345-351
[http://www.adb.de/download/publikationen/AB%204_14_M%C3%BCnch_Ursula_Die%20Leistungen%20der%20politischen%20Bildung%20f%C3%BCr%20die%20politische%20Praxis.pdf]

Partner im Bund – politische Gegner im Freistaat. Zum Verhältnis von CSU und BayernSPD in Phasen der Großen Koalition, in: Ursula Münch / Uwe Kranenpohl / Henrik Gast (Hrsg.): Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel, Baden-Baden (Nomos) 2014 (Tutzinger Studien zur Politik hrsg. von der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Band 6), S. 169-200

Asylpolitik in Deutschland – Akteure, Interessen, Strategien, in: Stefan Luft / Peter Schimany (Hrsg.): 20 Jahre Asyl- und Zuwanderungskompromiss. Bilanz und Perspektiven, Bielefeld (Transcript) 2014, S. 69-86

(Gesellschafts-)Politische Bildung als Teil des Studiums, in: Nicola Düll / Katharina von Helmolt / Begoña Prieto Peral / Stefan Rappenglück / Lena Thurau (Hrsg.): Migration und Hochschule. Herausforderungen für Politik und Bildung, Hannover (ibidem-Verlag) 2014 (Reihe Kultur – Kommunikation – Kooperation, Band 17), S. 141-151

Land (und Föderalismus) unter? Chancen und Grenzen des Hochwasserschutzes im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland (zus. mit Wiebke Drews / Andreas Jager), in: Jahrbuch des Föderalismus 2014. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 159-173



Unvereinbare Positionen? Der Streit um die Familienpolitik und seine Folgen für die Bundestagswahl, in: Eckhard Jesse / Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013 – Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 531-548

Vielfalt der Demokratie (zus. mit Jörg Siegmund), in: Michael Reder / Mara-Daria Cojocaru (Hrsg.): Zukunft der Demokratie. Ende einer Illusion oder Aufbruch zu neuen Formen? Stuttgart (Kohlhammer) 2014 (= Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur; Veröffentlichungen des Forschungs- und Studienprojekts der Rottendorf-Stiftung an der Hochschule für Philosophie, Philosophische Fakultät S.J., München, Band 24), S. 138-149

Artikel:

Arnold Bergstraesser (1896-1964) (zus. mit Thomas Schölderle), in: Winfried Böttcher (Hrsg.): Klassiker des europäischen Denkens. Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 598-607

Rezension:

Zu Walter Eisenhart: Historische und politische Bildung, in: Politische Studien 458, S. 82-84
[http://www.hss.de/uploads/ttx_ddceventsbrowser/PS_458_Internet.pdf]

DR. ANDREAS KALINA

Beitrag in Sammelbänden:

Václav Havel. Poet der Einheit in der Vielfalt, in: Winfried Böttcher (Hrsg.): Klassiker des europäischen Denkens. Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 735-742

Monografie:

Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland, Berlin / Sankt Augustin (Konrad-Adenauer-Stiftung), 2014 (2., vollkommen überarbeitete und erweiterte Auflage)

DR. MICHAEL MAYER

Beiträge in Sammelbänden:

Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur (zus. mit Johannes Hürter), München (Oldenbourg) 2014 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 109)

Rabota nad proschlym: XX vek v kommunikatsii i pamjati poslevoennyyh pokolenij Germanii i Rossii. [Die Arbeit an der Vergangenheit. Das 20. Jahrhundert im Gedächtnis und in der Kommunikation russischer und deutscher Nachkriegsgenerationen] (zus. mit Oxana Nagornaja [et al.]), Tscheljabinsk (Kamennyj pojas) 2014

Aufsätze:

No Unwanted Advices: The People's Republic of China and the Two German States between Tiananmen Square Protests and German Reunification 1989/90, in: Joanne Miyang Cho / David Crowe (Hrsg.): Transcultural Encounters between Germany and China since the Eighteenth Century, New York (Palgrave Macmillan) 2014, S. 267-282

Diplomaten im Krieg: Die Deutsche Botschaft Paris und die NS-Unrechtspolitik im besetzten Frankreich, in: Johannes Hürter / Michael Mayer (Hrsg.): Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur. Forschungsstand – Forschungskontroversen – Forschungsdesiderate, München (Oldenbourg) 2014 (Schriftenreihe der Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte, Band 109), S. 177-195

Staraja i novaja „vostochnaja politika“ kak pokolencheskaja problema: FRG i SSSR mezdu Adenauerom i Brandtom (na primere potavok gasovyh trub) [Alte und neue Ostpolitik als Generationenfrage: Die Bundesrepublik und die Sowjetunion zwischen Adenauer und Brandt am Beispiel der Erdgas-Röhren-Geschäfte], in: Rabota nad proschlym: XX vek v kommunikatsii i pamjati poslevoennyh pokolenij Germanii i Rossii. [Die Arbeit an der Vergangenheit. Das 20. Jahrhundert im Gedächtnis und in der Kommunikation russischer und deutscher Nachkriegsgenerationen]. (hrsg. mit Oxana Nagornaja [et al.]), Tscheljabinsk (Kamennyj pojas) 2014, S. 224-234

Zeitungsaufsätze:

Wie konnte es zum Holocaust kommen? in: Süddeutsche Zeitung, 17. Juni 2014, S. 13

Ausrottung als Kriegsziel. Beeinflusste die amerikanische Westexpansion das deutsche Lebensraumkonzept? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Dezember 2014, S. 7

DR. ANJA OPITZ

Herausgeberschaft:

The EU's External Action Service. Potentials for a one Voice Foreign Policy? (zus. mit Doris Dialer / Heinrich Neisser), Innsbruck (innsbruck university press) 2014

Beiträge in Zeitschriften:

European Security and Defence: An Overview, in: e-International Relations: The world's leading website for students of international politics, <http://www.e-ir.info/2014/01/15/european-security-and-defence-an-overview/>, 15. Januar 2014

DR. WOLFGANG QUAISSER

Aufsatz:

Der Euro und die (gemeinsamen) Schulden, in: Ifo Schnelldienst (Nr. 15/2014), 14. August 2014, S. 17-26

DR. THOMAS SCHÖLDERLE

Herausgeberschaft:

Idealstaat oder Gedankenexperiment? Zum Staatsverständnis in den klassischen Utopien, Baden-Baden (Nomos) 2014 (Reihe Staatsverständnisse, Band 67)

Beiträge in Sammelbänden:

Arnold Bergstraesser (1896–1964) (zus. mit Ursula Münch), in: Winfried Böttcher (Hrsg.): Klassiker des europäischen Denkens, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 598–606

Idealstaat oder Gedankenexperiment? Zur Konzeptionalisierung der Begriffe im Kontext von Staatsdiskurs und Utopieforschung (Einleitung), in: Thomas Schölderle (Hrsg.): Idealstaat oder Gedankenexperiment? Zum Staatsverständnis in den klassischen Utopien, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 9–28

Thomas Morus' Utopia (1516). Das Idealstaatsmotiv und seine ironische Brechung im Gedankenexperiment, in: Thomas Schölderle (Hrsg.): Idealstaat oder Gedankenexperiment? Zum Staatsverständnis in den klassischen Utopien, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 55–78

Aufsätze in Fachzeitschriften:

Sentieri dell'utopia. Sulla storia del pensiero utopico, in: Azimuth, Philosophical Coordinates in Modern and Contemporary Age, 2. Jg., Heft 1/2014, S. 11–30

DR. MICHAEL SCHRÖDER

Herausgeberschaften:

Live dabei. Echtzeitjournalismus im Zeitalter des Internets (zus. mit Axel Schwanebeck), Baden-Baden (Nomos) 2014

Politik und politische Bildung in der digitalen Welt. Chancen und Herausforderungen, Reinbek bei Hamburg (Lau-Verlag/Edition Olzog) 2014

Aufsätze:

Politiker und Journalisten im Berliner Hamsterrad, in: Michael Schröder / Axel Schwanebeck (Hrsg.): Live dabei. Echtzeitjournalismus im Zeitalter des Internets, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 45–52

Medienpädagogik und Digitalisierung politischer Kommunikation, in: Michael Schröder (Hrsg.): Politik und politische Bildung in der digitalen Welt, Reinbek bei Hamburg (Lau-Verlag/Edition Olzog) 2014, S. 11–35



DR. MICHAEL SPIEKER

Herausgeberschaft:

Sphären der Gerechtigkeit. Ein kooperativer Kommentar (zus. mit Manuel Knoll), Stuttgart (Steiner) 2014

Beiträge in Sammelwerken:

Platons Politeia (ca. 370 v. Chr.). Das paradeigma des gerechten Staates, in: Thomas Schölderle (Hrsg.): Idealstaat oder Gedankenexperiment. Zum Staatsverständnis in den klassischen Utopien, Baden-Baden (Nomos) 2014, S. 31-54

Einführung in Michael Walzers Gerechtigkeitstheorie (zus. mit Manuel Knoll), in: Manuel Knoll / Michael Spieker (Hrsg.): Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit. Ein kooperativer Kommentar, Stuttgart (Steiner) 2014, S. 15-26

Göttliche Gnade, in: Manuel Knoll / Michael Spieker (Hrsg.): Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit. Ein kooperativer Kommentar, Stuttgart (Steiner) 2014, S. 199 – 208

Zeitschriftenbeitrag:

Hegel's Idea of Nature and Man, in: International Journal of Confucian Studies 22 (2014), S. 126 – 143

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Volker Benkert M.A. (Vertretung Dr. Michael Mayer)
Zeitgeschichte

Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.
Persönlicher Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

StRin Barbara Weishaupt
Schulbezogene Projekte und Bildungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Sebastian Haas M.A.

Tiefgang am See

Themen

Tagungen

Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

10-3* 3. – 6. März

Tutzinger Schülerforum: Nahost-Region

Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

10-2 6. – 8. März

Verdummte Öffentlichkeit? Public Relations zwischen Manipulation und Wahrheit

Leitung: Michael Schröder / Perry Reisewitz
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

11-1* 9. – 13. März

Geschichte und Sozialkunde an der FOS/BOS

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Gero Kellermann / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-2* 9. – 13. März

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Wolfgang Quaisser / Oliver Laqua
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-4 13. – 14. März

Armut – Ursachen und Folgen eines wachsenden Problems

Leitung: Michael Spieker
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

12-1* 19. – 20. März

International Relations Meets Didactics: Die neue Lehre der Internationalen Beziehungen

Leitung: Anja Opitz / Anna Geis /
Stephan Stetter / Bernhard Zangl
Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

13-3* 23. – 25. März

Afghanistan und seine Nachbarn Grenzen des Engagements?

Leitung: Saskia Hieber / Barbara Weishaupt
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

13-1 27. – 28. März

Future is back in town: Die Stadt von morgen gestalten

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen
Ingenieurkammer-Bau
Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann /
Heinrich Schroeter
Sekretariat: Sabine Wohlhaupper Tel. 08158/256-47

April

16-1* 13. – 15. April

Staatsbürgerliche Bildung am Gymnasium

Fortbildung für Seminarlehrkräfte mit der
Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Barbara Weishaupt /
Sabine Wintermantel / Gerhard Hammer
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-2* 13. – 15. April

Methodik und Didaktik des Sozialkunde- unterrichts an Realschulen

Fortbildung für Seminarlehrkräfte mit der
Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Barbara Weishaupt /
Sabine Wintermantel / Philipp Beyer
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen

Tagungen

Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

16-3* 13. – 15. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts am Gymnasium

Fortbildung für Seminarlehrkräfte mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Barbara Weishaupt / Sabine Wintermantel / Wolf Weigand
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-4* 15. – 17. April

Staatsbürgerliche Bildung an der Realschule

Fortbildung für Seminarlehrkräfte mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Sabine Wintermantel / Philipp Beyer
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

16-5 17. – 18. April

Zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Frühverrentung: Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen in Deutschland und Europa

In Zusammenarbeit mit dem IAB Nürnberg und dem IOS Regensburg
Leitung: Wolfgang Quaisser / Jürgen Jerger / Ulrich Walwei
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

17-3* 20. – 22. April

Tutzinger Schülerforum: EuropaPolitik erleben!

Leitung: Robert Lohmann / Barbara Weishaupt
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

17-5 23. – 26. April

Tutzinger Schülerforum: Nahost-Region

Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

17-1 24. – 26. April

Unsere Väter, unsere Mütter. Deutsche Generationen im 20. Jahrhundert

Leitung: Volker Benkert
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

17-2

25. April

Gratwanderungen – Medienethik im Zeitalter der Boulevardisierung

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien (EAM) des Deutschen Evangelischen Frauenbunds (DEF), Landesverband Bayern e.V.
Leitung: Michael Schröder / Katharina Geiger / Sabine Jörk
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17
Außenveranstaltung in Bayreuth



Zeichnung: Mester

18-2*

27. – 29. April

Globale Konfliktherde: Übersicht – Stand – Perspektiven

Fortbildung Internationale Politik in Kooperation mit dem Systemzentrum Luftfahrtzeugtechnik Penzing
Leitung: Anja Opitz / Jochen Fröschle / Herbert Meßner
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

18-3*

27. – 29. April

Globale Gesundheitssicherheit – Gefahren, Herausforderungen und Potentiale

In Kooperation mit dem DHB-Netzwerk Haushalt e.V.
Leitung: Anja Opitz / Hannelore Egger / Robert Lohmann
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen

Tagungen

Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Mai

19-1* 4. – 8. Mai

Geschichte des Nahost-Konflikts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Volker Benkert / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

19-2* 4. – 8. Mai

Grundlagen des Islam

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Spieker / Angelika Klemenz-Klebl
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

19-4 8. – 9. Mai

Mein Bildungsideal:

Individuelle Werte im Praxistest

In Zusammenarbeit mit dem Referat Lehramt der Studierendenvertretung und dem Münchner Zentrum für Lehrerbildung (MZL) der Ludwig-Maximilians-Universität München
Leitung: Jörg Siegmund / Barbara Weishaupt
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

20-1 11. – 13. Mai

Brennpunkte europäischer Politik:

Regionalismus, Migration, Finanzen

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Leitung: Gero Kellermann / Walter Staufer
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

20-4

15. – 17. Mai

Feinde, Freunde, Fremde? Deutsche Perspektiven auf die USA

Leitung: Volker Benkert
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46



Zeichnung: Tomaschoff

21-1*

18. – 22. Mai

Islamismus – Herausforderung und Bedrohung der Demokratie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

21-2*

18. – 22. Mai

Der Nahost-Konflikt: Aktuelle Entwicklungen und veränderte Fragestellungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Anja Opitz / Barbara Keppeler
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sabine Wohlhaupter

(Sekretariat der Direktorin)

S.Wohlhaupter@apb-tutzing.de

Antonia Kreitner

A.Kreitner@apb-tutzing.de

Ingrid Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Alexandra Tatum-Nickolay

A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de

Simone Zschiegner

S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Themen

Tagungen

Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

24-2* 10. – 12. Juni

Tutzinger Schülerforum: EuropaPolitik erleben!

Leitung: Robert Lohmann / Barbara Weishaupt
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

24-3 12. – 14. Juni

Grenzüberschreitende Räume – Regionale Verflechtung und Zusammenarbeit in Europa

Leitung: Andreas Kalina
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

25-2* 15. – 19. Juni

Fakultas Sozialkunde: Wiederholen, Vertiefen

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien 6. Sequenz / 6. Lehrgang
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Barbara Weishaupt / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

25-5 16. – 17. Juni

Tutzinger Journalistenakademie: Recht brauchbar Juristisches Rüstzeug für die journalistische Praxis

Leitung: Michael Schröder / Johanna Onischke
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

25-6 19. – 21. Juni

Zwischen Widerstand und Anpassung: Protestbewegungen in Osteuropa

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde
Leitung: Andreas Kalina / Martin Brusis
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

25-3 21. Juni

18. Passauer Tetralog

Gesprächskreis im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau

In Zusammenarbeit mit der Universität Passau und den Europäischen Wochen Passau
Leitung: Heinrich Oberreuter / Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17
Außenveranstaltung in Passau

25-1 21. – 23. Juni

Tutzinger Journalistenakademie: 11. Tutzinger Radiotage

In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Leitung: Michael Schröder / Berthold L. Flöper
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

26-2* 24. – 26. Juni

Politikwissenschaft und Interkulturalität

In Kooperation mit dem Bayerischen Zentrum für Politische Theorie
Leitung: Michael Spieker / Karl-Friedrich Herb
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

26-6 26. – 27. Juni

Forum Verfassungspolitik:

Justiz im Wandel? – Rechtsstaat in der Bewährung

Leitung: Ursula Münch / Hans-Jürgen Papier / Gero Kellermann
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

27-4 29. – 30. Juni

Entfremdet vereint?

Das Vereinigte Königreich und Europa

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Europäischen Akademie Bayern e.V. und der Vertretung der Europäischen Kommission in München
Leitung: Ursula Münch / Andreas Kalina / Harald Pariger / Birgit Schmitz-Lenders / Joachim Menze
Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47
Außenveranstaltung auf der Fraueninsel im Chiemsee

Internet: www.apb-tutzing.de
www.facebook.com/APBTutting
www.twitter.com/APBTutting
www.youtube.com/APBTutting



Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V. EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

Der Förderkreis existiert seit 1988. Er begleitet die Akademie bei ihrer Bildungsarbeit, die heute so wichtig ist wie in der Gründerzeit. Er leistet einen finanziellen Beitrag zur Akademiearbeit sowie zu Publikationen über grundlegende und aktuelle Fragen deutscher, europäischer und internationaler Politik. Er ermöglicht die Verpflichtung hochkarätiger Experten und Referenten aus Wissenschaft und Praxis. Kurz: Der Förderkreis unterstützt die Arbeit des Hauses, wo der Etat an seine Grenzen stößt. Die Mitglieder des Förderkreises wollen diesen Beitrag auch in Zukunft leisten.

Sie können dabei sein: Werden Sie Mitglied

- Sie leisten damit einen Beitrag zu lebendiger politischer Bildung und stützen die Fundamente unserer Demokratie
- Sie können sich beim jährlichen Gartenfest mit Akteuren aus Politik, Gesellschaft, Religion und mit politisch Interessierten austauschen
- Sie sind eingeladen, an den Akademiegesprächen im Bayerischen Landtag teilzunehmen
- Sie lesen im vierteljährlich erscheinenden „Akademie-Report“ Wichtiges aus Tagungen und Veranstaltungen
- Sie können die Zusammenarbeit mit anderen Förderkreis-Mitgliedern nutzen
- Sie helfen der Akademie durch Ihren Beitrag und durch Spenden, die Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verbessern

Fax-Nr. 08158/256-6644

Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing

Tel. 08158/256-44
foerderkreis@apb-tutzing.de

Beitrittserklärung

zum Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

Name, Vorname, Titel:

PLZ/Ort: Straße/Nr.:

Telefon: E-Mail:

Beruf: Geb.-Datum:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens □ 30.-- € pro Jahr.

Mein persönlicher Jahresbeitrag soll jedoch □ 40.-- € oder □ 50.-- € oder € betragen.

Die Beitragszahlungen erbitten wir an die

Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50, Konto-Nr. 430 592 477

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch moderierte bei der Jahrestagung des Großen Konvents der Schader-Stiftung zum Thema „Nachhaltigkeit im Dialog“ ein „Dialog-Café“ über „Nachhaltigkeit und Governance“. Im Rahmen dieser Tagung wurde sie in den Wissenschaftlichen Beirat (Kleiner Konvent) der Schader-Stiftung (Darmstadt) gewählt. Vor den Mitgliedern des Rotary Club Starnberg hielt sie den Vortrag „Besser allein? Ursachen und Auswirkungen der Sezessionsbereitschaft von Regionen in Europa“. Bei einer Veranstaltung der Europa Union München in Zusammenarbeit mit dem Italienischen Generalkonsulat referierte sie zum Thema „Wirtschaftliches Nord-Süd-Gefälle in der EU“ und moderierte die anschließende Podiumsrunde. Im Rahmen der „Round Table“-Veranstaltung „Neuer Generationenvertrag“ der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. in Berlin nahm die Direktorin teil an der Podiumsdiskussion „Gegenwart bevorzugt. Wie umgehen mit dem strukturellen Grundproblem der Demokratie?“. Anlässlich des 50. Bestehens des Forum Gröbenzell e.V., einem örtlichen Katholischen Bildungswerk, hielt sie den Festvortrag „Struktur. Urteilsfähigkeit. Orientierung. Die Leistungen der Erwachsenenbildung angesichts des Wandels von Gesellschaft, Politik und Kommunikation.“ Und beim Neujahrsempfang der CSU Vaterstetten sprach sie über „Republik und Politik im Wandel“. Die Direktorin wurde von Bundespräsident Joachim Gauck in den Wissenschaftsrat berufen. Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung. Er hat somit eine doppelte Vermittlungsfunktion: zwischen Bund und Ländern einerseits, zwischen Wissenschaft und Politik andererseits. Die Berufung erfolgt zunächst für drei Jahre.

BEIRAT

Prof. Dr. Rupert Stettner ist im Herbst 2014 aus dem Beirat der Akademie ausgeschieden. Wir bedanken uns bei ihm für seine engagierte Mitarbeit.

Als seine Nachfolgerin und Vertreterin der Hochschule für Politik München (HfP) begrüßen wir **Dr. Hannemor Keidel**, Beauftragte der TU München für die HfP, als neues Beiratsmitglied. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und Anstöße für die Arbeit der Akademie.

KOLLEGIUM

Dr. Andreas Kalina sprach und debattierte anlässlich der Konferenz „La Régionalisation au Maroc; Enjeux et Perspectives pour la Démocratie Locale“ in Marrakesch zum Thema „Subnational Democracy in Germany and its Possible Lessons for Morocco“.

Dr. Gero Kellermann referierte am Gymnasium Tutting im Rahmen des W-Seminars Strafrecht über die „Grundlagen des Strafrechts“ und den „Aufbau einer Straftat“.

Dr. Anja Opitz sprach im Rahmen des Fünf-Seen-Film-Festivals über den Konflikt Israel-Palästina. Auf dem Multi Country Workshop on EU Security and Defence Policy in Skopje, der durch die Europäische Kommission (Abteilung TAIEX) und den Europäischen Auswärtigen Dienst (European Security and Defence College) ausgerichtet wurde, referierte sie zum Thema „Decision Making and Shaping within EU- Security and Defence Policy“. Zudem moderierte sie auf einer Veranstaltung der Hanns-Seidel Stiftung in München ein Panel über das aktuelle Thema: „IS – Gefahr für Deutschland und die Welt“, auf dem unter anderem Michael Lüders, Florian Hahn MdB, Florence Gaub und Thomas Gebhard Podiumsgäste waren. An der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg hielt sie einen Vortrag über „The concept of Security Sector Reform as a Crisis Management Tool“. An der FH Wien hielt sie eine Vorlesung über das zivil-militärische Krisenmanagement in GSVP-Missionen nach der EU-Osterweiterung.

Dr. Thomas Schölderle bietet im Wintersemester 2014/15 an der Hochschule für Politik (HfP) in München eine Lehrveranstaltung unter dem Titel „Philosophisch-Politisches Propädeutikum“ an. Im Rahmen des 4. Symposium Dürnstein (Glücksbilder. Die Wirklichkeit der Utopien) referierte er über „Thomas Morus und die klassische Utopietradition“.

Dr. Michael Spieker hielt an der Universität Frankfurt am Main einen Vortrag über die Herausforderungen außerschulischer politischer Bildung.